

Nachhaltige Ökologie im 21. Jahrhundert

Umwelt, Energie und Mobilität als sozialistische Herausforderung für unsere Zukunft

„[...] Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die Vergiftung der Meere und eine drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Krankheiten und die hohen Aussterberaten der Tier- und Pflanzenarten sind die dramatischen Zeichen einer umfassenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“

(aus dem Grundsatzprogramm der SPD)

1. Einleitung

Klimaschutz und nachhaltige Ökologie sind für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten neben anderen Politikfeldern ein zentrales Thema für unsere Zukunft. Eine Nachhaltige Ökologie darf unter sozialistischen Gesichtspunkten deshalb nicht nur isoliert sondern auch gleichzeitig unter sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Aspekten betrachtet werden.

Der Schutz unserer Erde, unseres Lebensraumes und der immer knapper werdenden Rohstoffe hat für uns Vorrang bei der Erarbeitung von Maßnahmen und Lösungen für klima-, energie-, mobilitäts- und umweltpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wir brauchen eine notwendige aber auch tiefgreifende Veränderung hin zu einer nachhaltigen Ökologischen Erneuerung unserer Gesellschaft und unseres Handelns.

Ökologische Erneuerung und Freiheit

Ökologische Freiheit bedeutet, selbst bestimmt den Weg der ökologischen Erneuerung einzuschlagen. Dabei darf die Ökologische Freiheit des Einzelnen nicht auf Kosten der ökologischen Freiheit Anderer geschehen.

Der Weg hin zu einer dezentralen persönlichen und lokalen Energieversorgung befreit die Gesellschaft von der Abhängigkeit von Monopolen, Kartellen und Großkonzernen. In der Mobilität ist eine freie Entfaltung der Gesellschaft sicher zu stellen.

Ökologische Erneuerung und Gerechtigkeit

Die notwendige Ablösung unserer atomarer und fossiler Energiewirtschaft geht einher mit der globalen Verteilungsfrage um den Zugang zu Energie für alle. Der Zugang zu Energie muss deshalb genauso wie der zu Wasser, Bildung, Mobilität, sozialer Sicherung und anderen Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle sichergestellt sein.

Einen Imperialismus um Energie, Wasser und Mobilität, der die Ausbeutung unserer natürlicher Ressourcen in Entwicklungs- und Schwellenländern zur Sicherung der eigenen Energieversorgung zur Folge hat, lehnen wir strikt ab.

Ökologische Erneuerung und Solidarität

Nur Bereitschaft der Menschen gemeinsam und solidarisch die ökologischen Herausforderungen anzupacken, kann zu einer nachhaltigen ökologischen Erneuerung unserer Gesellschaft und unseres Handelns führen. Für uns JungsozialistInnen als Internationalisten gilt es global füreinander und für kommende Generationen einzustehen und gegenseitig zu helfen, um die ökologische Erneuerung zu bewältigen.

1.1. Nachhaltige Energiewirtschaft und ökologische Industriepolitik

Wir JungsozialistInnen müssen beweisen, dass Klima- und Umweltpolitik nicht im Gegensatz zu Wirtschafts- und Industriepolitik stehen. Das Vorurteil, dass eine ökologische Politik beschäftigungsfeindlich ist, müssen wir entkräften. Wir brauchen deshalb ein Konzept für einen zukunftssicheren Umbau der Energiewirtschaft und eine nachhaltige ökologische Industriepolitik, um auch in Zukunft soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Erfolg und einen schonenden Umgang mit unserer Umwelt zu erreichen.

1.2 Ökologische Juso-Doppelstrategie

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung steht hinter der unter Rot-Grün 1998 eingeleiteten Energiewende in Deutschland und hinter dem 2003 beschlossenen Atomausstieg. Vor allem in Oppositionszeiten werden wir alles dafür tun müssen, dass es nicht zu einem Ausstieg aus dem Ausstieg kommt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die SPD als auch eine außerparlamentarische Opposition sich geschlossen gegen einen Ausstieg aus dem Ausstieg des atomaren Zeitalters einsetzen. Hierzu werden wir weiterhin innerhalb der Jusos und innerhalb der SPD für das Selbstverständnis als parlamentarischer Arm einer Anti-Atomkraft-Bewegung werben und Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen zu beleben und fortführen.

1.3 CDU-FDP: Politik gegen Umwelt und Natur

CDU und FDP haben im Sog des ökologischen Mainstreams unserer Gesellschaft die Vorteile einer ökologischen Erneuerung unserer Gesellschaft erkannt. Dennoch sind sie der Verwertungslogik des Marktes unterworfen und betrachten die positiven Auswirkungen Energie- und Umwelttechnologien nur unter ökonomischen Aspekten.

Dies führt dazu, dass anstatt CDU und FDP die Energiewirtschaft überzeugen, in neue Energietechnologien zu investieren, beide sich als Interessensvertreter derer sehen, die auf den Einsatz konventioneller Energiegewinnungen setzen – sei es die Verbrennung fossiler Rohstoffe und vor allem die Atomkraft. Worum es aber geht, haben CDU und FDP nicht begriffen, nämlich die Klärung der Energiefrage der Menschheit. Das kann sie aber auch als Lobbyist der großen Energiekonzerne nicht erkennen!

Im Bund ...

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel in der deutschen Öffentlichkeit die Klima-Kanzlerin mimt, blieben die Ergebnisse der Klima-Gipfeltreffen, an der sie federführend teilnimmt, regelmäßig hinter den gesteckten Erwartungen zurück.

Mit der für die SPD verlorenen Bundestagswahl droht nun ein Rückschritt in alte Zeiten. Der von CDU und FDP angekündigte Ausstieg aus dem Atomausstieg ist ein energiepolitisches Desaster. Dabei blenden sie die Gefahren der Atomkraft vollständig in der öffentlichen Debatte und bremsen die positive Entwicklung durch den Ausbau der erneuerbaren Energie gleichzeitig aus. Auch das Umweltgesetzbuch scheiterte schließlich an der mangelnden Unterstützung aus den Reihen von CDU und CSU.

In Niedersachsen ...

Dies wäre nur halb so schlimm, wäre da nicht der Landesminister „Gegen Umwelt und Natur“ Sander von der FDP, der seinen Arbeitsauftrag nicht verstanden hat. Anstatt die

Umwelt in Niedersachsen zu schützen, wird die Reihe von Untaten seiner so genannten Umweltpolitik Monat für Monat länger. Schlimmste Beispiele sind hier die Zerschlagung der gut funktionierenden Umweltverwaltung im Land und die Kürzung der Förderung für alternative Energien.

Und das jüngste Ereignis: Im November 2006 hatte er eigenhändig zur Motorsäge gegriffen und im geschützten Biosphärenreservat Elbtalaue eine Weide und Pappeln beschnitten. Das rechtfertigte der Minister als notwendige "Entbuschung" zum Hochwasserschutz. Die EU-Kommission leitete ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen europäische Naturschutzvorschriften ein.

2. UMWELT

Der Umwelt-, Natur- und Artenschutz muss in der öffentlichen und politischen Debatte wieder eine größere Rolle spielen. Wir haben nur diese eine Welt und müssen dafür sorgen, dass unser Handeln und unsere Eingriffe in die Umwelt unsere nachfolgende Generationen nicht nachhaltig belasten.

Wir müssen einerseits Global denken, um Lokal handeln zu können. Wir müssen auch Lokal handeln, um globalen Einfluss nehmen zu können.

Deswegen streben wir Braunschweiger JungsozialistInnen als internationalistischer Richtungsverband einerseits einen Globalen Pakt für Umwelt-, Natur- und Artenschutz an. Wir brauchen globale Ziele, die allen Nationen auf der Erde als Arbeits- und Handlungsgrundlage dient.

Wir Braunschweiger JungsozialistInnen fordern aber auch einen Nationalen Pakt für Umwelt-, Natur- und Artenschutz an. Deutschland hat als traditionelle Industrienation unsere Umwelt viel länger ausgebeutet und belastet als andere Nationen und steht deshalb in der Pflicht, eine Vorreiterrolle in diesem Bereich weltweit einzunehmen. Hier sind Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht, ein gemeinsame Ziele zu entwickeln und gemäß den jeweiligen Zuständigkeiten eigene Zielvorstellungen und Handlungsoptionen zu entwickeln.

Folgende Herausforderungen stehen uns unter anderem bevor:

- Brachflächen zu sanieren und von Altlasten zu befreien
- den Naturschutz lokal vorantreiben
- den Ausbau von neuen Naturschutzgebieten vorantreiben
- die Biodiversität vor Ort schützen
- den Ausbau von Biotopverbänden vorantreiben
- die Renaturierung von Fluss- und Bachläufen vorantreiben
- die Hochwassergefahren vermeiden
- den Gewässerschutz vorantreiben
- unseren Umgang mit Trinkwasser überdenken

3. ENERGIE

In Zeiten stetig steigender globaler Energie-Nachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie. Der Einsatz konventioneller Energiegewinnungen – wie die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Kernenergie – hat folgenschwere Auswirkungen auf die Umwelt, wie die Klimaveränderung, der Treibhauseffekt, das Ozonloch und die Atomzwischenfälle und -katastrophen.

Der Energiehunger, bedingt durch den Einsatz von immer mehr Technologien in den Industriestaaten und dem Aufstiegsdrang vor allem der Mächte China und Indien, kann durch den Einsatz konventioneller Energiegewinnung nicht langfristig gedeckt werden.

Unsere Rohstoffe sind nur begrenzt verfügbar. Durch den stetigen Bevölkerungszuwachs weltweit, wird sich die Nachfrage nach Energie noch weiter vergrößern und den Zugriff auf unsere Energiereserven weiter verschärfen. Folglich werden die Preise für Rohstoffe und Energiereserven weiter ansteigen.

Die Atomenergie kann nicht die Antwort auf die Probleme der Versorgungssicherheit mit Energie und des Klimawandels sein. Genau so wie bei Gas und Erdöl sind wir auch bei der Atomenergie auf den Import von Brennmaterial angewiesen. Und diese stehen uns nicht ewig zur Verfügung. Zudem sorgen immer mehr Störfälle bei sicher geglaubten europäischen Kernkraftwerken für eine zunehmende Verunsicherung in der Gesellschaft.

Keine Lösung ist auch der Weiterbetrieb älterer Kernkraftwerke. Bedingt durch ihre veraltete Technik genügen sie nicht mehr heutigen Sicherheitsstandards. Der Weiterbetrieb dient nicht dem Klimaschutz – wie es uns CDU weismachen möchte – sondern zum Auffüllen der Kassen der Energieindustrie. Denn jedes abgeschriebene KKW ist bares Geld für die Energieindustrie.

Und ein riesiges Problem bleibt: weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll, die für Jahrtausende sicher gelagert werden müssen. Auch die Entsorgung und die Endlagerung von Brennmaterial aus der Kerntechnik ist noch längst nicht geklärt.

3.1 Energie in Deutschland

Damit wir uns weiter mit dem Bereich der Energie beschäftigen können, muss erst einmal geklärt werden, aus welchen Anteilen unsere Energie besteht. Daraus werden sich Forderungen entwickeln, auf welcher Grundlage wir zukünftig unsere Energie beziehen wollen und wie wir den Übergang zu diesem Ziel gestalten.

Primärenergie und Sekundärenergie

Die Primärenergie ist die Energie, so wie sie als Rohstoff in der Natur vorkommt, wie zum Beispiel Stein- und Braunkohle, Uran, Erdgas, Sonnenwärme oder Wind. Damit die Primärenergie für den Verbraucher nutzbar wird, muss die Primärenergie in Sekundärenergie (Endenergie) umgewandelt werden.

Dabei muss die Primärenergie entweder in eine andere Energieform überführt werden – sei es in Elektrizität oder Wasserdampf. Bei der Kerntechnik müssen Brennstäbe aus dem gewonnenen Uran produziert werden. Die Nutzenergie, die der Endverbraucher erwirbt, besteht zumeist aus Sekundärenergie. Die Umwandlung ist jedoch mit Verlusten behaftet, wodurch nicht die gesamte Energie, die im Rohstoff gespeichert ist, voll genutzt werden kann. Je nach Rohstoff und Energieträger können diese Verluste unterschiedlich hoch sein.

Die Primärenergie wird zu je etwa einem Drittel für private Haushalte, für den Verkehr und für die Industrie benötigt. Bei privaten Haushalten werden etwa 60% der bereitgestellten Energie für Wärme (Heizung und Warmwasser) aufgewandt. Der Primärenergieverbrauch teilt sich in Deutschland für das Jahr 2007 in etwa wie folgt auf: 34% Erdöl, 22% Erdgas, 14% Steinkohle, 11% Braunkohle, 12% Kernenergie und 6% erneuerbare Energien.

Stromgewinnung

Insgesamt werden etwa ein Drittel der Primärenergie für die Stromerzeugung verwendet. Für das Jahr 2007 setzt sich der Energieeinsatz für die Erzeugung von Strom wie folgt zusammen: 24% Braunkohle, 22% Steinkohle, 23% Kernkraft, 12% Erdgas, 1,5% Erdöl und 12% erneuerbare Energie.

Dabei wird knapp 60% der Elektrizität durch fossile Primärenergie in Kohle- oder Gaskraftwerken erzeugt. Ein größerer Anteil der Primärenergie geht bei der Verbrennung

dieser Rohstoffe als Abwärme verloren und kann somit nicht als Nutzenergie verwendet werden. Knapp 23% der Elektrizität wird in Kernkraftwerken erzeugt.

Nur etwa 12 % der Elektrizität wird zur Zeit durch erneuerbare Energien erzeugt. Dabei setzt sie sich anteilig zusammen aus: 6% Windkraft, 3% Wasserkraft, 3% Biomasse, 0,5% Photovoltaik und 0,5% Müll.

Durch das „Nationale Integrierte Energie- und Klimaprogramm“ aus dem Jahr 2007 hat die damalige schwarz-rote Bundesregierung beschlossen, dass bis zum Jahr 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf mindestens 30 % erhöht werden soll.

3.2 Lösungen sind gefragt! Zukunftsenergien – Unsere Alternativen

Für uns ist aber auch klar, ein Ausstieg aus der Atomkraft kann nicht von heute auf morgen geschehen, sehr wohl aber in dem seit 2000 festgelegten und im Koalitionsvertrag erneut bestätigten Zeitrahmen bis spätestens 2020. Auf dem Weg dahin ist eine intensive Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung von Nöten. Allein der Verbrauch von Standby-Geräten liegt in Deutschland bei der von zwei Kernkraftwerken produzierten Strommenge. Hier besteht erhebliches Einsparpotential. Des Weiteren sind der Ausbau von regenerativen Energien, sowie die Entwicklung und der Bau von CO² armen Kohlekraftwerken zwingend erforderlich.

Die Energieversorgung der Zukunft kann nur ein Energiemix aus erneuerbaren Energien sein. Regional produziert und international vernetzt stellen die erneuerbaren Energien eine nachhaltige und leistungsfähige Energieversorgung sicher.

Es kann nur die folgenden Lösungen geben, um unsere Energieversorgung zukunftsfähig zu gestalten:

1. Mit uns wird es keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben. Wir JungsozialistInnen halten fest am Atomausstieg über das Jahr 2009 hinaus.

2. Der Gesetzesgeber muss klare Minderungsziele definieren, die gesamtgesellschaftlich getragen und umgesetzt werden müssen.
3. Es gilt, den privaten und kommerziellen Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Ein Großteil der zu Hause genutzten Energie ist Wärmeenergie. Durch Gebäudesanierungen sowie effektive Gebäudeneubauten lassen sich über 50 Prozent davon einsparen.
4. Es gilt, weiter in den Markt der erneuerbaren Energien, wie Wind- , Wasser- und Solarkraft zu investieren. Die SPD hat durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie die Grundlage dazu gelegt. Nur die Nutzung erneuerbarer Energien macht ein rohstoffarmes Land wie Deutschland wirtschaftlich und politisch unabhängig und schafft es, umweltschonend Energie in größeren Mengen dauerhaft und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Bereits heute tragen sie etwa 12 Prozent zur Stromversorgung bei. Bereits im Jahre 2020 soll deren Anteil auf über 30 Prozent aufgebaut werden – mit steigender Tendenz.
5. Staatliche Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen, um das ökologische Bewußtsein in der Bevölkerung zu begleiten und fördern
6. Weiter sind Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
7. Die Energie-Industrie muss ihren Zusagen nachkommen, in moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden und Kraft-Wärme-Kopplung zu investieren. So lässt sich Energie ressourcenschonender erzeugen und die Umwelt durch niedrigere CO2-Emissionen schonen.

Die Kombination all dieser Lösungen können dazu beitragen, den Energieverbrauch insgesamt zu senken und langfristig die Atomkraft überflüssig zu machen.

3.3 Konkrete Maßnahmen

3.3.1 Am Atomausstieg festhalten

Mit uns wird es keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben. Wir JungsozialistInnen halten fest am Atomausstieg über das Jahr 2009 hinaus. Nur ein klar definierter Ausstiegszeitpunkt schafft den nötigen und gewollten Druck, auf neue und erneuerbare Energien zu setzen. Nur ein klar definierter Ausstiegszeitpunkt schafft die nötige Planungssicherheit bei privaten, gewerblichen und industriellen Investoren, auf erneuerbare Energien zu setzen.

So müssen wir nicht nur auf nationaler sondern auch auf europäischer Ebene eine kritische Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen in Fragen der Atomenergie. Deshalb ist auch die SPE gefordert, einen Europäischen Atomausstieg voranzutreiben.

3.3.2 Gesetzliche Minderungsziele

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten unterstützen die Absichten der Bundesregierung und der EU, den CO₂-Ausstoss und damit eingehend den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren.

Die europaweit vereinbarte CO₂-Reduktion um 30% bis 2030 und eine weitere Reduktion um 60 bis 80% bis 2050 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 ist unserer Meinung nach alternativlos und notwendig, um die öffentlich diskutierte globale Erwärmungsgrenze von 2° Celsius nicht zu überschreiten.

Wir unterstützen hierbei die weitreichende Forderung des ehemaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel, in Deutschland bereits 2020 eine CO₂-Reduktion von 30% zu erreichen. Hierzu ist gesamte Gesellschaft nun aufgefordert, sich auch diesen Zielen zu erklären und ihren Beitrag zu leisten, dieses Ziel zu erreichen.

3.3.3. Bestandssanierung und Gebäudeneubau

Jede Energie, die nicht gebraucht wird, ist eine gute Energie. Deshalb ist bei der Bestandssanierung und beim Gebäudeneubau auf eine Energieeffizienz zu achten.

3.3.3.1 Energiesparen!

Wenn wir unsere Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umstellen wollen, ist ein entscheidender Faktor in allen Bereichen, das Einsparen von Energie. Bei Gebäuden ist es besonders Heizenergie, die eingespart werden kann und diese macht durchschnittlich über 50% des Endenergiebedarfs im Haushalt aus. Im bewussten Lüften und einer gut gedämmten Gebäudehülle sowie einer optimierten Gebäudegeometrie und Orientierung liegt großes Energieeinsparpotenzial.

Durch den heutigen Stand der Technik lässt sich der nach der Energieeinsparverordnung geforderte maximale Heizwärmebedarf (50kWh/m^2 im Jahr nach EnEV 2009) deutlich unterschreiten. Ein Passivhaus liegt zum Beispiel jährlich bei maximal 15kWh/m^2 darüber hinaus gibt es z.B. sogar Nullenergie- oder Plusenergiehäuser, also Gebäude, die keine zusätzliche Energie benötigen oder sogar mehr gewinnen, als eigentlich benötigt wird.

Bei Neubauten lassen sich solche Standards einfach mit einplanen, die aktuelle EnEV muss hier zwingend eingehalten werden. Problematischer wird es bei der Sanierung von Bestandsgebäuden. Hier besteht insgesamt das größte Energieeinsparpotenzial, dennoch werden seltener Investitionen getätigt, da zunächst hohe Kosten anfallen.

Wir brauchen unabhängige staatliche Energieberatungsstellen, die über Energiestandards bei Neubauten und Gebäudesanierungen, sowie über mögliche Förderungen bei Neubauten und Sanierungen informieren.

3.3.3.2 Neubauten

Private Neubauten

Ab 2012 sollen alle Neubauten nach EnEV maximal 30kWh/m^2 Heizenergie im Jahr verbrauchen. Eine weitergehende Forderung in den Folgejahren ist noch nicht bekannt. Wir fordern den maximalen Jahresheizwärmebedarf spätestens 2020 auf mindestens Passivhausstandard festzulegen. Langfristig soll das Top-Runner-Prinzip auch in der Energieeinsparverordnung verankert werden, so dass der höchste erreichte Standard zur Minimalvorderung wird.

Ziel muss eine dezentrale Energieversorgung für Strom und Heizung sein, die auf Grundlage von erneuerbaren Energien erreicht wird (Blockheizkraftwerke, Solarthermie, Geothermie, Photovoltaik etc.).

Öffentliche Neubauten

Die öffentliche Hand muss bei Gebäudeneubauten und im Bestand von Gebäuden immer aktuellsten Stand der Technik und fortschrittliche Energiekonzepte und Energieeinsparungen einsetzen, um dadurch eine Vorbildfunktion für private, gewerbliche und industrielle Neubauten oder Sanierungen einzunehmen. Sie können so ein Motor für ein Top-Runner-Programm werden. Die öffentliche Hand muss das öffentliche Bewußtsein in der Bevölkerung stärken, indem sie Investitionen tätigt, die sich nachhaltig auch finanziell lohnen.

Gewerbliche und Industrielle Neubauten

Gewerbliche und industrielle Unternehmen müssen ermuntert werden, bei Gebäudeneubauten fortschrittliche Energiekonzepte einzusetzen und in den energetischen Bestandsanierungen zu investieren. Vor allem im gewerblichen Bereich liegen nach aktuellsten Erhebungen der Anteil der Betriebskosten für Energie bei etwa 30% der Gesamtbetriebskosten.

Hier sind Lösungen zu entwickeln und zu finden, wie zukünftig energetisch sinnvoll mit Außentoren für den Be- und Entladevorgang umzugehen ist, damit keine Abwärme in die Umwelt entweicht, wie zukünftig mit Klimaanlage in Gewerbe und in Bürogebäuden umzugehen ist.

3.3.3.3 Sanierung

Ziel muss es sein den Gebäudebestand auf dieselben energetischen Standards zu bringen wie Neubauten.

Wir fordern an dieser Stelle nur noch den Bedarfsorientierten Energieausweis zuzulassen, da dieser bestimmten Sanierungsbedarf aufdeckt und unabhängig von der Wohnernutzung erstellt wird.

Jeder Mieter soll einen Energieausweis anfordern können, nicht nur vor Mietabschluss, sondern auch wenn er/sie die Wohneinheit bereits bewohnt, um gegebenenfalls eine Mietminderung zu erwirken. HauseigentümerInnen müssen die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung im Sanierungsfall bekommen.

3.3.3.4 Beratung und Förderung bei Neubau und Sanierung

„Ausweispflicht“ für Gebäude

Seit 2009 die neue EnEV in Kraft getreten ist, muss ein Energieausweis bei Verkauf Neuvermietung oder Verpachtung eines Gebäudes zugänglich gemacht werden. Energieausweise sind für 10 Jahre gültig. Diese Ausweise enthalten im Allgemeinen Informationen über den Primärenergiebedarf und einer darauf beruhenden Einordnung des Gebäudes anhand von Referenzwerten für Neubau und modernisierten Altbau. Diese helfen z.B. den MieterInnen einen Überblick über den Energieverbrauch zu bekommen. Wir unterscheiden bei den Energieausweisen, zwei verschiedene Arten: den Energieverbrauchsausweis und den Energiebedarfsausweis.

Für den Energiebedarfsausweis wird die energetische Qualität der Gebäudehülle berechnet. Fensteranteil und Gebäudeausrichtung beeinflussen die Berechnung. Dadurch kann ein neutraler Energiebedarf ermittelt werden und anhand der Untersuchungen Sanierungsvorschläge gemacht werden.

Der Energieverbrauchsausweis wird auf Grundlage der letzten drei Abrechnungsperioden berechnet. Leerstände werden rechnerisch dabei berücksichtigt. Dennoch beruht diese Art der Ermittlung auf subjektiven Verhältnissen und muss somit nicht zwingend auf die nächsten MieterInnen passen. Eine Untersuchung der Gebäudehülle findet nicht statt, anhand dessen konkrete Sanierungsmaßnahmen vorgeschlagen werden könnten.

Bei Neubauten ist der Energiebedarfsausweis verpflichtend, während bei Bestandsgebäuden, zwischen beiden Ausweisen gewählt werden kann. Der Energiepass kann von EnergieberaterInnen erstellt werden, diese Zusatzqualifikation können u.a. ArchitektInnen, Ingenieurinnen und Ingenieure oder auch HandwerkerInnen erlangen.

Energieausweis nur mit einer unabhängige Beratung

Wir brauchen unabhängige staatliche Energieberatungsstellen, die über Energiestandards bei Neubauten und Gebäudesanierungen, sowie über mögliche Förderungen informieren. z.B. ein Heizungsmonteur oder eine Heizungsmonteurin darf nicht über den Kauf einer neuen Heizungsanlage berät, da er oder sie selbst Interesse an dem Verkauf hegt. Dieser Zusammenhang ist bereits unzulässig, kann jedoch durch kleine Tricks leicht umgangen werden, deshalb ist eine Unabhängigkeit der Energieberatungsstelle entscheidend.

Aufbauend auf der Erstellung eines Energiebedarfsausweises ist ein konkreter Sanierungsplan für Bestandsgebäude seitens der unabhängigen Energieberater zu erstellen. Nur so ist es möglich, für eine nötige Sanierung eine sinnvolle Maßnahmenreihenfolge festzulegen und mögliche Fördergelder in die Sanierung bedarfsgerecht einzuplanen. So kann eine Sanierung in Etappen oder als Ganzes sinnvoll vollzogen werden.

Staatliche Förderung

Bei Sanierungen fallen hohe Kosten an, die sich über einen bestimmten Zeitraum durch die eingesparte Energie wieder amortisieren, dennoch kurzfristig aufgebracht werden müssen.

Um nachhaltig das Klima zu schützen, muss der Staat deshalb bei Sanierungsvorhaben unterstützen. Die KfW-Bank soll dazu zinsgünstige Kredite vergeben. Durch die bereits genannte unabhängige Energieberatung soll auf verschiedene Arten der finanziellen Förderung hingewiesen werden.

3.3.4 Ökologisch weiterdenken

Der Markt der erneuerbaren Energien verbindet ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen und wird die Zukunft der Industriestaaten mitprägen.

Unabhängigkeit

Eine Absage an die Atomenergie muss jedoch mit öffentlichen Maßnahmen bei der städtischen Energieversorgung, z.B. durch die Stadtwerke, flankiert werden. Jede Privatisierung engt hier den Handlungsspielraum unnötig ein. Es gibt bereits erste Beispiele, wo kleinere Siedlungsgebiete aus eigener Kraft durch gezielte Investitionen in alternative Energien vom „Strom von außen“ unabhängig geworden sind. Perspektivisch könnten so in der Zukunft teure Überlandleitungen mit hohen Kapazitäten überflüssig werden; die Störanfälligkeit der Energieversorgung wird gesenkt.

Als halb-öffentliche Alternative bietet sich eine Kooperation städtischer Betreiber mit Umweltverbänden an, wie das z.B. bei der Naturstrom AG, einer Ausgründung von Umweltverbänden in Kooperation mit den Stadtwerken Hannover, bereits geschehen ist.

Lokale Betreibergemeinschaften

Daneben beinhaltet unser energiepolitisches Leitbild die Selbstorganisation der Energieversorgung. Verbraucher schließen sich vermehrt zu Erzeugergemeinschaften zusammen, die als Verein oder auch als Genossenschaft organisiert sind. Hierbei wird der durch den Verkauf erzielte Gewinn teilweise sofort wieder in die Erzeugung grünen Stroms aus Biomasse, Wasser- und Windkraft, sowie Solarenergie investiert. Auch können zum Beispiel Photovoltaikanlagen von privaten Betreibergemeinschaften auf den Dächern städtischer Gebäude installiert werden. Auf diese Art und Weise werden öffentliche und private Bemühungen wirksam gekoppelt.

Diese Beispiele sollen Schule machen, da sie neben dem umweltpolitischen Aspekt auch zivilgesellschaftliches Engagement und Umweltbewusstsein fördern.

Es gilt, den privaten und kommerziellen Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Durch Sanierungen lassen sich über 50 Prozent davon einsparen. Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Solar- und Wärmegesetz

Ergänzend sollten gesetzliche bzw. satzungstechnische Regelungen nach dem Marburger Modell (oder ggf. in einer abgewandelten Version, wenn dieses juristisch in der konkreten Form nicht möglich ist) in Angriff genommen werden. In der Marburger Satzung ist vorgesehen, dass ab dem 1. Oktober 2008 alle Neubauten mit Sonnenkollektoren ausgestattet werden müssen. Bei bereits bestehenden Gebäuden ergibt sich diese Pflicht bei einem Anbau, bzw. spätestens mit Austausch der Heizungsanlage bzw. einem neu gedeckten Dach.

Diese zwingende Regelung, die das Werben für ein umweltfreundliches Verbraucherverhalten flankieren soll, ist das richtige Mittel ein Umdenken zu beschleunigen. Dass dies umweltpolitisch sinnvoll ist, zeigt das Beispiel der gesetzlichen Verpflichtung Autos mit Katalysator zu betreiben. Obwohl auch dort zunächst der Anfangswiderstand überwunden werden musste, ist dies heute selbstverständlich. Als positiver Nebeneffekt wird eine größere Serienfertigung von alternativen Energieanlagen aufgrund der steigenden Nachfrage zudem die Herstellungskosten mittelfristig senken.

Wasserkraft

Die Gewinnung von Energie durch Wasserkraft ist die bisher einzige Form der Energiegewinnung, bei der unmittelbar kein CO₂ emittiert wird. Wie bei jedem Bauvorhaben ist auch hier beim Bau der Infrastruktur vor Ort ein hoher Energieeinsatz und folglich ein hoher CO₂-Ausstoß nötig.

Die Wasserkraft ist nur begrenzt nutzbar. Bei einer im Einklang mit der Natur nachhaltigen und ökologisch sinnvollen Nutzung der Wasserkraft sind jedoch keine unmittelbaren Umweltschäden bekannt.

Dennoch kann die Gewinnung von Energie durch die Wasserkraft bei ungezügelter Nutzung nicht in jedem Fall umweltfreundlich sein und zu nachhaltig ökologischen Schäden führen, wenn die Größe der erforderlichen Staudämme eine Zerstörungen der Umwelt und der Landschaft bewirkt. Deshalb muss bei zukünftigen globalen und lokalen Wasserkraftprojekten bei der Planung immer dessen Einfluss auf die Umwelt, die Landschaft und das Klima sowie die Folgen der Veränderung des Wasser- und Grundwasserspiegels berücksichtigt werden.

Durch diese Einschränkung wird das Wasser als Ressource für die Energiegewinnung in der Auswahl sehr beschränkt. Dennoch ist dort, wo die Nutzung von Wasserkraft möglich ist, deren Ausbau voranzutreiben.

Dezentral ist besser!

Dezentrale Blockheizkraftwerke stehen direkt bei den Verbrauchern und ermöglichen einen wesentlich höheren Wirkungsgrad der Energienutzung als dies von Großkraftwerken erreicht wird. Die bei der Stromproduktion entstehende Wärmeenergie kann sofort in den angeschlossenen Wohneinheiten genutzt werden. Bei dezentralen BHKW ist ein größerer Energiemix möglich, als dies durch ein Großkraftwerk geschehen könnte. Durch Zusammenschluss mehrerer BHKW mit weiteren erneuerbaren Energieträgern zu virtuellen Großkraftwerken können die verschiedensten Produktionsweisen der Energiegewinnung zusammengeschlossen werden. Hierbei haben sowohl die Solarenergie, die Windenergie als auch die Energiegewinnung aus Biomasse ihren Anteil. Durch die dezentrale Stromerzeugung sind auch die Transportverluste wesentlich geringer, da die Hauptlast direkt vor Ort produziert wird. Auch die seit dem 11. September 2001 prognostizierte Terrorgefahr wird durch dezentrale BHKW herabgesetzt. Die

Wahrscheinlichkeit eines Anschlages auf die Stromversorgung ist bei dezentraler Stromproduktion wesentlich geringer.

Auch Naturkatastrophen haben auf die Stromversorgung geringere Auswirkungen. Sei es eine Hitzewelle, die Großkraftwerke aufgrund des Mangels an Kühlwasser zum Abschalten zwingt, oder aber ein Sturm der große Überlandleitungen einknicken lässt. Ein gut ausgebautes dezentrales Stromversorgungsnetz würde diesen Szenarien besser trotzen als es Großkraftwerke könnten.

Unser Zeichen ist die Sonne Photovoltaik – Die Sonne als Motor

Die Sonne stellt eine nach menschlichen Maßstäben unerschöpfliche Energiequelle dar. Solarenergie ist praktisch überall verfügbar, moderne Solarzellen erreichen auch bei bedecktem Himmel noch eine gute Leistung. Photovoltaikanlagen eignen sich besonders zur dezentralen Energieversorgung.

Allgemeine Photovoltaik

Im Bereich der Solarenergie sind allerdings vor allem die solarthermischen Kraftwerke in den letzten Jahren immer interessanter geworden. Parabolrinnenkraftwerke und Solarturmkraftwerke bieten hohe Leistungen und können durch Wärmespeicherung rund um die Uhr Strom erzeugen (was etwa für die Grundlastdeckung interessant ist). Besonders im europäischen Verbund können Solarkraftwerke ein wichtiger Bestandteil des Energiemixes werden.

Das Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrt (DLR) geht davon aus, dass in den Ländern des Mittelmeerraumes bis 2050 fossile Energien weitgehend durch erneuerbare Energien abgelöst sein werden, wobei die Solarenergie dort mehr als doppelt so viel Strom produzieren wird wie die anderen regenerativen Energieträger zusammen.

Der Import dieser Energie nach Deutschland und Mitteleuropa wäre in diesem Fall sinnvoll und wird unter anderem auch vom Club Of Rome und der DPG (Deutsche Physikalische Gesellschaft) empfohlen.

Solarstrom aus der Sahara – Das Projekt Desertec

Gerade in den unbewohnten Regionen rund um den Äquator fällt täglich soviel Energie in Form von Sonnenstrahlen ein, um die gesamte Menschheit mit Strom versorgen zu

können. Das Projekt Desertec deshalb möchte genau diese Regionen zur Energiegewinnung nutzen.

Die zur Realisierung dieses Projekts benötigte Technik steht seit Jahren zur Verfügung.

Wir wollen wir uns mit diesem Projekt im kommenden Jahr näher beschäftigen. Dabei wollen wir kritisch diskutieren, in wie weit Nutzungskonflikte für Flora und Fauna vor Ort entstehen können, in wie weit wir uns in Abhängigkeit einer zentralen Stromversorgung bringen und in wie weit eine internationale Kooperation bei diesem Projekt möglich ist.

Nach Abschluss der Beratung um dieses Thema brauchen die JungsozialistInnen und die SPD eine Entscheidung über ein Für oder Gegen dieses Projekt.

Es weht ein neuer Wind

Im Gegensatz zu Kohle, Erdöl und Uran ist Wind kein endlicher Rohstoff und, da er von der Sonne selbst „produziert“ wird, vollkommen umweltfreundlich. Ein großer Vorteil der Windenergie liegt darin, dass sie überall eingesetzt werden kann. Sachsen-Anhalt beispielsweise kann mittlerweile 39% des Strombedarfes mit Windkraft decken und das als Bundesland, das nicht an der Küste liegt. Ein Beispiel von vielen, dass die Gegner der Windkraft endlich verstummen lassen sollte. Aufgrund der Sonneneinstrahlung weht der Wind tagsüber meist stärker als nachts und passt sich somit auf natürliche Weise dem Energieverbrauch der Menschen an.

Moderne Windkraftanlagen sind leistungsstark, leise und effizient. Im Energiemix der Zukunft spielen sie eine wichtige Rolle. So können etwa Offshore-Windparks in Kombination mit moderner Speichertechnologie die Leistung ganzer Atomkraftwerke ersetzen.

Energienetze

Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein Um- und Ausbau des Energienetzes dringend nötig. Um dennoch gleichen Netzzugang für alle Energieanbieter sowie für lokale Betreibergemeinschaften und private Einspeisungen ins Stromnetz zu gewähren, muss das Netz-Monopol der vier großen Energiekonzerne gebrochen werden.

Trennung von Stromnetz und Stromerzeugung

Wir Jungsozialistinnen fordern, das Stromnetz und die Stromerzeugung zu trennen, um eine wirkliche Öffnung des Netzzugangs und damit eine nachhaltige Verbesserung der

Wettbewerbsfähigkeit auf dem Stromnetz gefunden werden kann. Die fehlende Macht der Regulierungsbehörden kann die Allmacht der vier großen Energieerzeuger nicht brechen.

Energienetze in öffentlicher Hand

Nach der Trennung von Stromnetz und Stromerzeugung ist das deutsche Stromnetz in die öffentliche Hand zu überführen, um Einfluss und Kontrolle auf die Energienetzentwicklung zu haben. Nur der Bund kann als unabhängiger und zuverlässiger Betreiber den notwendigen Ausbau und Modernisierung der Energienetze sicherstellen und für die notwendigen kontinuierlichen Wartungsarbeiten am Netz sorgen. Finanziert werden soll der Betrieb über Netzentgelte und Gebühren für die Stromeinspeisung. Zur Zeit geht man davon aus, dass etwa 30 Milliarden Euro in das deutsche Stromnetz investiert werden müssen.

Stromnetze zu intelligenten Stromnetze ausbauen

Durch den kontinuierlichen Ausbau der regenerativen Energien wird Strom zunehmend dezentral ins Stromnetz eingespeist. Dennoch ist das deutsche Stromnetz bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien großen Schwankungen ausgesetzt. Die zum Teil pulsierende und fluktuierende Stromeinspeisung muss in jedem Fall von den Netzbetreibern abgenommen werden. Dies kann dazu führen, dass der eingespeiste Strom über oder unter der benötigten Stromlast liegt.

Um die zu erwartenden großen Schwankungen bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien zu bewältigen, ist der Aufbau eines „intelligenten Stromnetzes“ - ein so genanntes „smart grid“ – geplant. Hier soll die Stromabnahme seitens des Kunden so gesteuert werden, dass sie so viel Strom abnehmen, wie der Stromlieferant gerade zur Verfügung stellt.

Wir JungsozialistInnen müssen klären, ob solche „smart grids“ die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger gefährden, wie manche KritikerInnen befürchten oder ob die Steuerung der Stromnetze notwendig ist, um den Ausgleich von Stromerzeugung und Stromlast zu schaffen.

Energiespeicher

Bei der Nutzung von regenerativen Energiequellen gilt es zu beachten, dass die Stromerzeugung nicht kontinuierlich erfolgen kann, wie wir das von konventionellen Kraftwerken gewohnt sind, sondern Schwankungen unterworfen sind (beispielsweise unterschiedliche Windstärke bei Windkraftträdern und unterschiedliche Sonneneinstrahlung bei Photovoltaikanlagen).

Die großen Unterschiede in den Wirkungsgraden und die ökologischen Aspekte der Produktion sind bei Energiespeichern zu beachten. Dabei werden in der Regel folgende Energiespeicher eingesetzt:

Akkumulator: Der klassische Akkumulator hat einen hohen Wirkungsgrad. Er ist aber wegen der Gewinnung von Blei oder Lithium ökologisch bedenklich. Sein Einsatzgebiet soll vorwiegend in der Elektromobilität liegen, wo Akkumulatoren nachts den überschüssigen Strom zwischenspeichern sollen.

Pumpspeicher: Steht mehr Energie zur Verfügung als benötigt wird, kann mit Pumpen Wasser in höher gelegene Reservoirs gepumpt werden. Steigt hingegen die Nachfrage über die verfügbare Leistung, wird zusätzlicher Strom durch das Ablassen des Wassers durch eine Turbine erzeugt. Pumpspeicher haben einen hohen Wirkungsgrad und eine gute Langlebigkeit

-
- **Brennstoffzellen:** Im Zeitalter der Elektromobilität ist es sinnvoll beim Leistungsüberschuss Elektrolyse zu betreiben, also Wasserstoff von Sauerstoff zu trennen. Der dadurch gewonnene Wasserstoff kann zum Betanken von Fahrzeugen verwendet werden.

Wir JungsozialistInnen müssen klären, ob und welche Art von Energiespeichern wir in Zukunft vorantreiben wollen.

3.3.5 Gesetzliche Lösungen

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten fordern staatliche Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen einzuführen, um das ökologische Bewußtsein in der Bevölkerung zu begleiten und fördern

3.3.5.1 Das Top-Runner-Konzept gesetzlich einführen

Das Top-Runner-Konzept sieht vor, dass zu einem festgelegten Stichtag eine Marktübersicht für beispielsweise Elektrogeräte erstellt wird, bei der der Verbrauch der effizientesten Elektrogeräte dann zum Standard für die gesamte Branche erhoben wird. Zu einem dann festgelegten Zeitpunkt (nach etwa in 5 oder 7 Jahren) muss dieser Standard von allen Wettbewerbern erreicht werden.

Kann ein Hersteller nach Ablauf der Frist nicht die neuen Effizienzstandards erfüllen, so drohen ihm, je nach Ausgestaltung des Gesetzes, Strafzahlungen oder sogar ein Verkaufsverbot. Um sich am Markt zu behaupten, müssten die Unternehmen dementsprechend ihre Forschungs- und Entwicklungskraft dafür einsetzen, immer energieeffizientere Produkte zu entwickeln. Ein gesetzlich vorgeschriebener kontinuierlicher Innovationsprozess würde damit gestartet.

Im Gegensatz zu Subventionen spielt das Top-Runner-Konzept nicht den Absatzzielen der Unternehmen sondern den Klimaschutzziele in die Hände. Von einer Top-Runner-Regelung profitieren neben dem Klima vor allem die VerbraucherInnen, die weniger Strom beziehen müssen und somit weniger Stromkosten zu zahlen haben.

Japan ist das bekannteste Land mit einem Top-Runner-Programm. Sie führten es Ende der 1990er Jahre ein. Allein dadurch konnte Japan bereits 16% seiner Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen nach dem Kyoto-Protokoll erfüllen. Als Beispiel für die Steigerungen der Effizienz gibt Greenpeace nach einem Zeitraum von 6-8 Jahren in Japan für Videorekorder eine Reduktion des Stromverbrauchs um 59%, für Klimaanlage um 63% und für Computer um 83% an.

Zwei Arten von aktuellen Top-Runner-Konzepten

Es gibt derzeit unterschiedliche Konzepte zur Umsetzung des Programms.

Ein Konzept besagt, dass nur Haushaltsgeräte untersucht und in unterschiedliche Kategorien (A,B und C) einsortiert werden sollen. Die A-Klasse gilt dann nur für die besten 10-20% der Geräte. Alle Geräte werden jedes Jahr untersucht und wieder neu kategorisiert. Nach 5 Jahren werden die Durchschnittswerte einer Geräteklasse mit der Bewertung A (vor 5 Jahren) zum Mindeststandard erklärt. Alle Geräte, welche schlechter sind, dürfen dann nicht mehr verkauft werden. Dieses ist das Konzept, das für die Studie der Leuphana Universität zugrunde gelegt wurde.

Das zweite Konzept stammt von Greenpeace und ist bereits als Gesetzentwurf verfügbar. Dieses Konzept umfasst elektrische Geräte für den Haushalt und den Gewerbebetrieb – nicht jedoch Geräte für die industrielle Produktion, sowie Geräte und Maschinen mit Verbrennungsmotoren und Warmwasserkessel. Ausgenommen sind jedoch Kraft- und Schienenfahrzeuge.

Es soll vor einer Beurteilung durch das Umweltbundesamt eine Sortierung in Produktgruppen und Untergruppen erfolgen. Diese Gruppen sollen Produkte beinhalten welche vom Einsatzbereich und von der Nutzungsmöglichkeit gleich sind. Die Untergruppen beinhalten dann eine Unterteilung in verschiedene Größen- und Leistungsklassen. Es erfolgt nach der Prüfung eine Aufteilung in 5 Leistungskategorien. In Klasse 1 befinden sich die Produkte bei denen der Energieverbrauch geringer ist als der durchschnittliche Energieverbrauch der besten 25% der untersuchten Geräte. In Klasse 2 befinden sich sie rechtlichen Prozente der besten 25% der Geräte. In Klasse 5 werden dann die 25% der untersuchten Geräte eingeordnet, welche den höchsten Energieverbrauch haben. Die Klassen 3 und 4 sind Abstufungen dazwischen.

Jedes Jahr erfolgt eine Folgeuntersuchung an der der auch neue Produkte der jeweiligen Kategorie teilnehmen können. Es wird erneut eine Rangfolge aufgestellt, wobei eine Verdrängung durch bessere Geräte möglich ist. Sollten getestete Geräte jedoch schlechter sein, als das energieineffizienteste Gerät des Vorjahres, so wird es nicht berücksichtigt. Auch unberücksichtigt bleiben Geräte welche nicht mehr verkauft werden.

Nach Ablauf von 5 Jahren nach Veröffentlichung der Rangfolge muss der Energieverbrauch der Geräte eines Herstellers in einer Produktgruppe geringer sein, als der durchschnittliche Energieverbrauch der besten 25% der Produktgruppe.

3.3.5.2 Standby-Modus gesetzlich verbieten

Wir fordern umgehend ein Verbot eines Standby-Modus bei Elektroneugeräten. Alleine der Verbrauch von Elektrogeräten im Standby-Modus liegt in Deutschland bei der von zwei Kernkraftwerken produzierten Strommenge. Hier besteht ein erhebliches Einsparpotential, dass nicht genutzt wird.

3.3.5.3 Modernere Kraftwerke und effektiver Umgang mit Fossilen Brennstoffen Kohle, Gas und Öl

In Deutschland wird mit 43,6% fast die Hälfte des Stroms aus Stein- oder Braunkohle gewonnen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nach wie vor uneingeschränkt richtig und wichtig, jedoch wird die Stein- und Braunkohle sowie Erdgas für einen Überbrückungszeitraum weiterhin unverzichtbar sein.

Ein sofortiger Verzicht auf Erdöl als Energiequelle für Strom und Wärme ist gesetzlich festzuschreiben. Des weiteren muss es ein langfristiges Ziel sein, die fossile Energieträger Kohle und Erdgas durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Hierzu brauchen wir – wie bei der Atomkraft – perspektivisch eine verbindliche Restlaufzeit für die Verbrennung der fossilen Rohstoffe Stein- und Braunkohle sowie Erdgas.

Dennoch müssen in dieser Überbrückungszeit in Zukunft alle neuen Stein- und Braunkohlekraftwerke sowie Gaskraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut sowie ältere Kraftwerke auf Kraft-Wärme-Kopplung umgerüstet werden, um den Wirkungsgrad dieser Technologie zu erhöhen. Der technologische Fortschritt muss darüber hinaus dafür sorgen, dass Ressourcenschonendere Kohle- und Gaskraftwerken gebaut werden.

Gleichzeitig muss in den Markt Erneuerbarer und Neuer Technologien investiert werden, um einen ökologischen, perspektivischen und sozial verträglichen „Kohle-Ausstieg“ einzuleiten.

Neue Vorschläge seitens der Kohle-Lobbyisten zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ lehnen wir auf Basis des Prinzips der Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung zur Minimierung des freigesetzten CO₂-Menge würde die wahren Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken!

3.3.6 Aufklärungskampagnen

Die ökologische Energiewende und das ökologische Bewusstsein der Bevölkerung muss durch massive Aufklärungskampagnen gestärkt werden. Hier sind alle gefordert – sei es die Politik, die Bildungseinrichtungen, die Medien und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) - Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung und zur ökologischen Bewußtseinsbildung zu starten. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

3.3.7 Industrie muss mitziehen

Die gesetzlichen Vorgaben müssen von der Industrie eingehalten werden und umgesetzt werden. Darüber hinaus muss die Industrie dazu bewegt werden, über die gesetzlichen Vorgaben hinaus Anstrengungen zu unternehmen, in den Umweltschutz und in neue Technologien zu investieren.

3.4 das Problem: Atomkraft und Atomendlager...

3.4.1 Atomkraft: Nein Danke!

Aufgabe der Jusos muss es sein, die SPD weiter zu drängen, eine umweltpolitische Führungsrolle in Deutschland weiter einzunehmen und die ökologische Modernisierung Deutschlands fortzusetzen und zu verstärken.

Der 1998 eingeleitete Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns Jusos eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Energiewende in Deutschland. Wir kämpfen mit unserer Politik für eine nachhaltige und umweltverträgliche Energiepolitik. Ziel muss es sein, die Energieproduktivität Jahr für Jahr zu steigern und die Nutzung und Förderung der erneuerbaren Energien schrittweise weiter zu erhöhen.

Wir JungsozialistInnen in der SPD sprechen uns gegen die Nutzung von Atomkraft aus. Mit uns wird es keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben! Die Atomkraft ist keine Zukunftsenergie, sie ist auch keine Lösung der derzeitigen Probleme, wie Energiesicherheit, Rohstoffknappheit und gestiegene Rohstoffpreise.

Wir JungsozialistInnen fordern, dass die vereinbarten Restlaufzeiten für jedes Atomkraftwerk eingehalten werden, auch wenn die zu liefernde Reststrommenge noch nicht bereitgestellt wurde. Eine künstliche Laufzeitverlängerung auf Grund von Wartungsarbeiten oder temporären Drosselungen der zu liefernden Strommengen seitens der Betreiber darf es nicht geben. Das heißt, dass bei frühzeitiger Abschaltung eines

störanfälligen Atomkraft die zu liefernde Reststrommenge wegfällt und nicht durch ein anderes Atomkraftwerk abgeleistet wird.

Auch dürfen wir uns nicht von der aktuellen CO₂-Diskussion blenden lassen, dass Atomkraft so sauber sei. Im Gegenteil, die Atomkraft ist nicht sauber und schafft nachträglich durch den entstandenen Atommüll aus Brennstäben nur noch mehr Probleme.

Für uns Jusos ist auch das Konzept der unumkehrbaren, nicht-rückholbaren Endlagerung radioaktiver Abfälle gescheitert: Weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll, der für Jahrtausende sicher gelagert werden muss. Im Gegenteil – die Probleme im Atomendlager Asse II können zu einer atomaren Verseuchung unseres Grundwassers in unserer Region Braunschweig führen. Deshalb muss es endlich fundierte Kriterien und einen transparenten Prozess für die Festlegung von Atommüllendlagern geben.

Aus diesen Gründen fordern wir Jusos in Braunschweig ...

- am Atomausstieg über das Jahr 2009 hinaus festzuhalten. Nur ein klar definierter Ausstiegszeitpunkt schafft den nötigen und gewollten Druck, auf neue und erneuerbare Energien zu setzen
- dass die vereinbarten Restlaufzeiten für jedes Atomkraftwerk eingehalten werden, auch wenn die zu liefernde Reststrommenge noch nicht bereitgestellt wurde
- die Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht ist nachhaltig sicherzustellen und eine schnelle Rückholung der Abfälle voran zu treiben
- den Plan einer endgültigen unterirdischen Endlagerung aufzugeben, da eine Standsicherheit der bisherigen Schachtanlagen für über 100.000 niemals gegeben sein kann
- eine rückholbare unterirdische Zwischenlagerung von Atommüll. Schon heute muss laut Gesetzgeber unterirdische gelagerter Atommüll für maximal 500 Jahre rückholbar sein
- das Atomrecht für alle Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland ist geltend zu machen
- Hierzu sind die Kriterien für Atommüllendlager konkreter zu beschreiben. Solange dies nicht gegeben ist, dürfen die bisher genehmigte Schachtanlage „Schacht Konrad“ und „Gorleben“ nur als vorübergehendes Zwischenlager dienen.

- dass Atommüll in einer Form gelagert wird, dass eine Rückholung aus unterirdischen Zwischenlagern auch zukünftig gewährleistet wird
- eine Atommüll-Zwischenlagersuche in ganz Deutschland durchzuführen. Zwischenfälle in allen niedersächsischen vorhandenen und geplanten unterirdischen Atommüllendlager zeigen, dass diese nicht für die Ewigkeit sicher sind
- einen angemessenen Kostenbeitrag der Atomindustrie in Form einer Atombrennstoffsteuer, um die ungerechte Bevorteilung des Atomstroms gegenüber anderen Energieträgern auszugleichen

Hier setzen wir unsere Hoffnungen in unseren SPD-Parteivorsitzenden und ehemaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, mit dem wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gemeinsam in den Landtagswahlkampf 2003 in Niedersachsen gezogen sind, um ein „Atom-Klo Niedersachsen“ zu verhindern.

3.4.2 Unsichere Atommüllendlagerung – wir brauchen neue Lösungen!

Jedes Jahr entstehen in deutschen Atomkraftwerken 400 Tonnen hoch radioaktiver Abfall. Was mit diesen, über tausende von Jahren strahlenden Abfällen geschehen soll, ist bisher nicht im geringsten geklärt. Die Lösung des Endlagerproblems wird in die Zukunft verschoben und der atomare Müll wird zwischengelagert. Seit Juni 2005 dürfen keine Brennelemente zum Zwecke der Wiederaufbereitung mehr ins Ausland gebracht werden. Dies führte jedoch nicht zu einer Reduzierung der Atommüllproduktion sondern füllt die bestehenden Zwischenlager nur schneller auf. In Deutschland existieren zur Zeit 16 Zwischenlager, davon 12 direkt an den Atomkraftwerken. Einer Hochrechnung von Greenpeace zufolge werden sich im Jahre 2030 24.000 m³ hoch radioaktiver Müll angesammelt haben, dessen Lagerung und Sicherstellung bis heute nicht geklärt sind.

ATOMENDLAGER ASSE II

Das frühere so genannte Forschungsbergwerk „Asse II“ ist ein ehemaliges Salzbergwerk bei Wolfenbüttel in Niedersachsen. Es wird seit 1965 als Forschungsbergwerk betrieben, um Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Endlagerung radioaktiver und chemisch-toxischer Abfälle in Salzformationen zu erproben. Zwischen 1967 und 1978 fanden die Erprobungen statt. Das Forschungsbergwerk war ursprünglich für die Ewigkeit angelegt. Schon nach 40 Jahren ist das Konzept am Ende.

Die Schachtanlage Asse II ist seit 1965 im Auftrag des Bundes in Betrieb. Als ehemalige Forschungseinrichtung war sie bis 2008 dem Bundesforschungsministerium unterstellt zuletzt vom Münchener Helmholtz Zentrum betrieben. Die Schachtanlage wurde von den Betreibern stets als trocken und sicher eingestuft.

Entsprechend den Einlagerungsgenehmigungen lagern im Atomendlager „Asse II“ derzeit etwa 127.000 Fässer mit schwach und mittelradioaktiven Abfall ohne eigene nennenswerte Wärmeentwicklung.

Etwa 125.000 Fässer mit schwachradioaktiven Abfällen wurden zwischen 1967 und 1978 in verschiedenen Kammern in 750 Metern Tiefe eingelagert. Etwa die Hälfte der Fässer stammen aus der Atom-Wiederaufarbeitungsanlage des seinerzeitigen Atomforschungszentrums Karlsruhe. Weitere etwa 20 % stammen aus Atomkraftwerken und etwa 10 % aus der ehemaligen Atomforschungsanlage Jülich.

Etwa 1.300 Fässer sind mit überwiegend mittelradioaktiven Abfällen zwischen 1972 und 1977 auf der 511-Meter-Sohle gelagert.

Etwa 90% des in der Asse gelagerten Materials stammt aus der Atom-Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, wobei ein Teil dieser Fässer auch spaltbares Material enthält. Im August 2009 gab das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bekannt, dass insgesamt etwa 25 kg Uran und 28 kg Plutonium eingelagert wurden.

Über 25 % der eingelagerten Fässer stammen aus dem letzten Einlagerungsjahr 1978. Zu diesem Zeitpunkt stand das Ende der Einlagerung fest. Der noch genehmigte Zeitraum für die Annahme des Atommülls im Forschungsbergwerk Asse II wurde ausgenutzt, so dass Deutschland über Tage bis Ende 1978 fast frei von schwach- und mittelradioaktiven Atommüll war. Nach 1978 fanden keine Einlagerungen mehr statt.

Das Risiko in der Schachtanlage Asse II liegt besonders in den langlebigen Alphastrahlen in den schwach radioaktiven Atommüllabfällen, weshalb sie für die Langzeitsicherheit größere Probleme bereiten. Die mittelradioaktiven Atommüllabfälle enthalten überwiegend relativ kurzlebige Radionuklide, die nur wegen der nötigen Abschirmung des Atommülls größere Probleme bereiten.

Mit der Regierungsübernahme der SPD in Niedersachsen beauftragte das Niedersächsische Umweltministerium im April 1991 die zuständigen Behörden, eine "Gefahrenschätzung für die Schachanlage Asse II" vorzunehmen. Der im Juni 1993 vorgelegte Bericht wies auf eine anhaltende Gebirgsbewegungen und Laugenzutritte in die Schachanlage hin und bezeichnete eine nach bergmännischen Regeln durchzuführende Verfüllung als "zwingend erforderlich".

Im Zuge der Gefahrenschätzung entschied das Bundesforschungsministerium (BMBF) im Jahre 1992, die Forschungsarbeiten in dem Bergwerk einzustellen. Endgültig liefen die Forschungsarbeiten zur Endlagerung radioaktiver Abfälle 1995 aus. Es wurden daraufhin Maßnahmen zur Stabilisierung der Schachanlage sowie an einem Konzept zur Schließung der Schachanlage gearbeitet. Von 1995 bis 2004 wurden Hohlräume aus dem ehemaligen Salzabbau verfüllt, um die Schachanlage zu stabilisieren.

Im Jahre 2007 wurde daraufhin die endgültige Schließung des Forschungsbergwerks Asse II beantragt. Ein Arbeitskreis Optionenvergleich wurde daraufhin eingesetzt, um Alternativen zum Schließungskonzept des Betreibers zu prüfen. Als Optionen wurden neben der Flutung mit Magnesiumchlorid-Lösung, eine Verfüllung mit festem Material, eine Umlagerung von Teilen des Atommülls innerhalb des Bergwerks oder eine Rückholung der Fässer genannt. Bis 2017 sollte die Schließung der Schachanlage nach Bundesberggesetz vollzogen sein, da die bergmechanische Stabilität des Grubengebäudes nur auf wenige Jahre gesichert schien.

Der Betreiber des Forschungsbergwerks Asse II favorisierte neben der Flutung die Verfüllung der Schachanlage. Zu diesem Zeitpunkt flossen bereits täglich 12 Kubikmeter Salzlauge in die Schachanlage Asse II. Der Zufluss konnte und kann nach Aussage des Betreibers nicht gestoppt werden. In den trocken geglaubten Salzstollen ist deshalb die Gefahr einer radioaktiven und toxischen Verseuchung nicht ausgeschlossen. Viele Fässer sind beschädigt oder rosten vor sich hin, so dass die Gefahr besteht, dass deren Inhalt mit der Salzlauge oder dem Grundwasser in Berührung kommt.

Das Austreten radioaktiver Flüssigkeit im Salzstock Asse wirft die Frage auf, ob Salzstöcke die geeigneten Stätten sind, unseren toxischen und radioaktiven Müll für die nächsten 100.000 Jahre zu lagern. Berichte über die Einsturzgefahr und radioaktive Laugen im

Untergrund durchzogen seit Langem die Schlagzeilen über das so genannte Forschungsbergwerk Asse II.

Bereits zu frühen Stadien der Diskussion und Erarbeitung des Optionsvergleichs kritisierten die Braunschweiger Jusos die vom Betreiber favorisierte Flutung und Verfüllung der Schachanlage Asse II. Damit würde das Forschungsbergwerk Asse II faktisch zum Atommüllendlager, da eine Bergung und Rückholung dann unmöglich wäre. An der Seite des Asse-Koordinierungskreises forderten die Braunschweiger Jusos deshalb frühzeitig eine Schließung des Atommüll-Endlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Atommüllabfälle.

Bundesweit großes Aufsehen sorgte am 11. Juni 2008 der Bericht der Braunschweiger Zeitung, dass die Salzlauge in den Schachanlagen der Asse mit Cäsium 137 belastet sei. Dieses hat eine Halbwertszeit von 30,17 Jahre. Nach diesem Pressebericht wurde dem Betreiber vorgeworfen, die Aufsichtsbehörden und die Bevölkerung unzureichend informiert zu haben. Auch die Politik kaschierte diesen Tatsache. Durch den 2009 eingerichteten Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtags wurde bekannt, dass die Fässer zur Einlagerung des radioaktiven Materials nur auf eine Haltbarkeit von drei Jahren ausgelegt waren. Damit wurde fahrlässig in Kauf genommen, dass sie sich innerhalb kurzer Zeit auflösen würden.

Das Bundesumweltministerium (BMU) und das Bundesforschungsministerium (BMBF) einigten sich daraufhin, dem Betreiber „Helmholtz-Zentrum“ die Zuständigkeit zu entziehen. Seit dem 1. Januar 2009 ist das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Betreiber für den Betrieb und die Stilllegung der Anlage verantwortlich. Der neue Betreiber verwarf das Schließungskonzept seines Vorgängers und führte einen neuen Vergleich der drei Schließungsoptionen durch. Das BfS stellte im Januar 2010 einen Plan zur Rückholung der eingelagerten Abfälle vor. Der radioaktive Atommüll soll nach Plänen der Bundesregierung nun im Schacht Konrad, einem stillgelegten Eisenerzbergwerk in Salzgitter, endgelagert werden.

Mit einem Gesetzbeschluss des Deutschen Bundestages vom 29. Januar 2009 wird festgelegt, dass der Betrieb und die Stilllegung der Schachanlage Asse II unter die Vorschriften des Atomgesetzes fällt. Das BfS wird als neuer Betreiber die Schließung der Anlage im Rahmen eines atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens vorantreiben und ist

für den vorläufigen Weiterbetrieb der Anlage verantwortlich. Für die Rückholung der eingelagerten Atommüllfässer ist ein Zeitraum von etwa zehn Jahren vorgesehen. Mit dem Gesetzesbeschluss übernimmt der Bund zudem die Kosten für den Weiterbetrieb und die Schließung der Asse. Der Bundesumweltminister Röttgen schätzt die Kosten auf etwa 3,7 Milliarden Euro.

DAS ZWISCHEN-ENDLAGER GORLEBEN

Der durchlöchernte Salzstock Gorleben stellt jetzt seit mehr als 25 Jahren die Legitimation dafür dar, dass in Deutschland Atomenergie produziert werden kann. Er liefert den Entsorgungsnachweis für die gesamte deutsche Atomenergieproduktion.

Bis heute befindet sich allerdings kein Atommüll in Gorleben. Das Erkundungsbergwerk Gorleben ist unter Fachleuten sehr umstritten. Es gibt bis zum heutigen Tag eine große Anzahl von Gutachten, die die Eignung von Gorleben als Endlager bestreiten. Leider gibt es fast genau so viele Gutachten, die dem Salzstock Gorleben Endlagereigenschaften bescheinigen. Wie beim Atommüllendlager Asse II hier ist es auch in Erkundungsbergwerk „Gorleben“ mehrmals zu Wassereintrüben in den trocken geglaubten Salzstollen gekommen.

Deshalb ist das Atom-Zwischen-Endlager „Gorleben“ auf seine Daseinsberechtigung hin zu überprüfen. Es stellt durch seine oberirdische Lagerung von Castoren ein gewaltiges Risiko dar. Ein Schutz vor Flugzeugabstürzen ist nicht gegeben.

Zudem ist „Gorleben“ als geplantes Atomendlager im Gespräch. Dort sollen in den ehemaligen Salzstollen hochradioaktive Abfälle gelagert werden. Dies lehnen wir ab.

ATOMENDLAGER MORSLEBEN

Gerade die Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) verdeutlicht die Problematik. Das ehemalige Kali- und Steinsalzbergwerk war bislang das einzige Endlager für radioaktive Abfälle, das in Deutschland nach dem Atomgesetz betrieben wurde. Ausgewählt und genehmigt von den zuständigen DDR-Behörden, ging die Zuständigkeit nach der Wiedervereinigung auf den Bund über.

Insgesamt wurden bis zur Beendigung des Einlagerungsbetriebs im Jahr 1998 (einschließlich des Zeitraums vor der Wiedervereinigung) rund 37.000 m³ radioaktiver

Abfälle in Morsleben eingelagert. Von 1971 bis 1991 wurden dort schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelagert, von 1994 bis 1998 22.000 m³ Atommüll.

Das unterirdische Lager ist jedoch unsicher: Trotz der Gefahren von Wassereintrich oder Deckeneinstürzen wurde bis 1998 Atommüll in Morsleben eingelagert. Im Jahre 2001 stürzte ein 4000 Tonnen schwerer Salzbrocken von einer Decke. Um weitere Einstürze zu vermeiden, wurden bereits mehrere Hohlräume mit Beton verfüllt.

Die Einlagerung in Morsleben wurde 1998 beendet. Im April 2001 hat das BfS schließlich auf die Genehmigung zur Einlagerung von atomaren Abfällen unwiderruflich verzichtet.

Bei der Stilllegung soll das ERAM so verschlossen werden, dass Lösungszutritte in die Einlagerungsbereiche und Schadstoffaustritte aus den Grubengebäuden verhindert werden. Nach einer Umrüstphase von etwa einem Jahr könnte dann 2009 mit der endgültigen Verfüllung und Verschließung des Endlagers begonnen werden. Die Dauer dieser Maßnahmen wird auf circa 15 Jahre kalkuliert, so dass bis 2024 die Stilllegung des ERAM abgeschlossen sein könnte. Die Kosten sollen sich auf 1,5 Mrd. Euro belaufen. Eine Rückholung des Atommülls ist nicht geplant.

SCHACHT KONRAD

Des Weiteren müssen wir Jusos weiter auf die SPD einwirken, die Inbetriebnahme des geplanten Atom-Endlagers „Schacht Konrad“ mit allen Mitteln zu verhindern. Dort soll im stillgelegten Eisenerz-Bergwerk im Stadtgebiet Salzgitter radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung eingelagert werden. Rund 90 Prozent der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle gehören zu dieser Kategorie.

Seit dem das Bundesamt für Strahlenschutz im Januar 2010 bekannt gegeben hat, die Rückholung der eingelagerten Abfälle in der Asse vorzubereiten, soll der radioaktive Atommüll nach Plänen der Bundesregierung nun im geplanten Atommüllendlager Schacht Konrad gelagert werden.

Wir lehnen eine Endlagerung im Schacht Konrad weiterhin ab. Gegebenenfalls ist eine Zwischenlagerung des Atommülls unter strengster Beachtung des Atomrechts sicherzustellen.

3.4.3 Urangewinnung - Atomkraft ist nicht sauber!

Das Argument, Atomenergie wäre sauber und müsse zumindest bis zur Energiewende verstärkt eingesetzt werden, ist schlichtweg falsch. Die Gewinnung des Urans und dessen Anreicherung zur Verwendung in Atom-Brennstäben ist höchstgeradig Energieaufwändig. Bereits der Einsatz in Minen, um Uran zu gewinnen, fördern und produzieren, fordert einen hohen Energieaufwand und damit verbundenen CO₂-Verbrauch.

Der Transport weist ebenfalls ökologisch ein schlechtes Bild auf, da das strahlende Material abgeschirmt und in tonnenschweren Castorbehältern transportiert werden muss.

3.4.4 Atomkraft rettet das Klima nicht!

Oft wird in letzter Zeit von der Atomlobby die besondere „klimaschonende Wirkung“ von AKWs betont und die Aufgabe der Atomkraft darin gesehen, fossile Energieträger abzulösen. Wäre dies ernsthaft das Ziel, würde eine Verlängerung der Laufzeit bestehender AKW jedoch lange nicht ausreichen: Allein um zehn Prozent der fossilen Energie bis zur Mitte dieses Jahrhunderts durch Atomkraft zu ersetzen, müssten weit mehr als 1.000 Atomkraftwerke rund um die Welt neu gebaut werden (Quelle: BMU). In der Projektion für eine vollständige Ablösung von fossilen Energieträgern ergibt sich damit laut UN-Umweltprogramm ein weltweiter Bedarf von 4.000 neuen AKWs.

Atomkraft schneidet im Vergleich mit anderen Formen der Energieerzeugung sogar schlechter beim Klimaschutz ab. Das Argument, Atomkraftwerke seien gut für das Klima, kann man nur verwenden, wenn man weder die Uranförderung, den nötigen Transport des Rohstoffes, Bau und Unterhalt des Kraftwerkes die Verteilung des Stroms noch die zusätzliche erforderliche Wärmezeugung berücksichtigt – und dazu noch „klimafreundlich“ einseitig durch „wenig CO₂“ ersetzt. Diese Argumentation ist jedoch mehr als fraglich, da sie engstirnig und scheinheilig ist. Und die Auswirkungen auch nur eines GAUs auf Umwelt und Klima, sowie die Enlagerfrage ignoriert diese Argumentation ebenfalls.

3.4.5 Atomkraft ist nicht unerschöpflich!

Auch Atomkraft ist nicht unendlich. Wird die heutige Nutzung beibehalten, reichen die weltweiten Uranvorkommen noch maximal für 60-70 Jahre (Quelle: Greenpeace und BMU). Kernenergie ist somit keine zukunftsfähige Energiequelle! Bei einer Intensivierung der Nutzung wird der Vorrat hingegen nur geschätzte 30-40 Jahre reichen und somit sogar früher erschöpft sein als andere konventionelle Energiequellen. Bei einer Uranknappheit

droht zusätzlich ein Ressourcenkampf und in der Konsequenz eine immense Preissteigerung, die in der derzeitigen Diskussion ausgeblendet wird. Atomkraft ist also keine nachhaltige Energiequelle, und somit auch kein Mittel gegen steigende Energiepreise.

3.4.6 Atomkraft ist nicht sicher!

Unfälle in Atomkraftwerken passieren nicht nur in Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wo angeblich die veraltete Technik Schuld ist. Zwischenfälle wie im Juli 2006 im schwedischen Forsmark oder der Brand im Kernkraftwerk Krümmel im Juni 2007 führen uns immer wieder die erhebliche Gefahr der Atomkraft vor Augen. In den letzten Jahren gab es auch Unfälle in Frankreich, wo Radioaktivität ausgetreten ist. Besonders bei den älteren Atommeilern ist die Liste der meldepflichtigen Ereignisse laut Bundesumweltamt lang. 2001 kam es zum Beispiel im AKW Brunsbüttel zu einer Wasserstoffexplosion in der Sicherheitszone. Experten, die den Unfall anschließend im Auftrag des Umweltministeriums untersuchten, kamen zu dem Ergebnis, dass dieser Unfall bis zur Kernschmelze mit radioaktiver Verstrahlung hätte führen können, wenn er nur geringfügig anders verlaufen wäre. Egal wie gut und sicher die Technik angeblich ist, man kann nie das Risiko eines Super-GAUs ausschließen und dieses Risiko ist, egal wie klein es auch sein mag, einfach zu groß.

Und selbst ohne Störfall birgt die Atomkraft Gefahren für Mensch und Natur. Atomkraftwerke belasten durch die Abgabe aufgeheizten Kühlwassers die Flora und Fauna benachbarter Flüsse teils stark. Ökosysteme geraten so ins Ungleichgewicht und werden nachhaltig geschädigt.

Die Belastung durch Strahlung im Umfeld von Atomanlagen ist signifikant höher als im normalen Mittel. Als Folge kann in betroffenen Regionen eine deutliche Erhöhung der Leukämiefälle festgestellt werden.

Wie andere Großkraftwerke auch beeinflussen Atomkraftwerke durch ihre Kühltürme das Klima der umliegenden Regionen. Generell steigt die Luftfeuchtigkeit, was zu erhöhter Wolken- und Nebelbildung und dadurch weiter zu reduzierter Sonneneinstrahlung führen kann. Besonders für die Landwirtschaft können dadurch Schäden entstehen. Neubauten von AKW können regionale Klimata deutlich verändern.

Hinzu kommt, dass Atomkraftwerke, allein durch ihr Zerstörungspotenzial, theoretisch auch immer ein lohnenswertes Ziel für Terroranschläge sind.

3.4.7 Atomkraft stärkt Monopole!

Als sozialistischer Jugendverband lehnen wir die Atomkraft auch auf Grund ihrer monopolistischen Strukturen ab, da sie die Konzentration des Kapitals steigert. Nur große Konzerne – unterstützt durch den Staat – können Atomkraftwerke bauen. In Deutschland teilen 4 Betreiber den Markt für Atomstrom unter sich auf.

Um ein Atomkraftwerk zu bauen, muss ein sehr hohes Investitionsvolumen aufgebracht werden, was nur großen Konzernen möglich ist. Auf der anderen Seite sind dezentrale Energieversorger in der Lage mit weit geringeren Investitionen Energie zu produzieren. Die Förderung der Atomkraft von Seiten des Staates ist somit auch ein direkter Beitrag zu gesteigerter Kapitalakkumulation. Dabei ist die Atomkraft teurer als andere Energiequellen, da ein AKW je installierter Kilowattleistung fünfmal so viel kostet, wie ein modernes Gaskraftwerk. Ein Atomkraftwerk rechnet sich somit allein durch staatliche Milliardensubventionen – es lebt von der Übernahme des Investitionsrisikos durch den Staat. Die Atomkraft wird durch die Konzerne aber trotzdem gefordert, weil es nach Abschreibung die Eigenschaft hat, nur noch Gewinn zu erwirtschaften, der dann in die Taschen der Energiekonzerne fließt. Dies erklärt auch die mit Nachdruck geführte Kampagne der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung.

Atomstrom ist eine relativ bequeme Art und Weise Geld zu verdienen. Denn trotz der überproportional hohen Investitionskosten liebäugeln die betreffenden Konzerne mit Neubauten. Durch Abschreibung der Investitionskosten und den zu erwartenden Gewinn ist es eine sehr sichere Investition und die Gefahren brauchen die Konzerne nicht zu fürchten. Die Versicherung für den Fall eines Unfalls wird auf die Allgemeinheit abgewälzt, da die Risiken nur zu einem Bruchteil versichert werden müssen und auch für die Entsorgung der Steuerzahler aufkommt. Allein die Stilllegungskosten für das Atommülllager Morsleben sollen sich auf 1,5 Mrd. Euro belaufen. Insofern ist die Atomkraft gerade *weil* sie so gefährlich ist, eine ideale Kapitalanlage; nirgends sonst würde der Staat derart für die Risiken aufkommen. Nur bei der Atomkraft sind die Risiken – von der Verstrahlung einzelner Menschen, über die radioaktive Verseuchung von Flüssen bis hin zum Super-GAU mit der dauerhaften Verstrahlung ganzer Regionen – derart hoch, dass der Staat zwangsläufig einspringen muss.

3.4.8 Atomkraft schafft keine Arbeitsplätze!

Atomanlagen haben im Vergleich zu anderen Anlagen wenig Beschäftigte. Allerdings sind diese Arbeitsplätze besonders sicher, da auch nach der Schließung der Atomkraftwerke noch ein jahrelanger Rückbau der Anlagen notwendig ist. Vom Atomausstieg sind in Deutschland über einen sehr langen Zeitraum 38.000 Arbeitsplätze betroffen, im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiteten im Jahr 2006 214.000 Menschen. Schon eine Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen verdeutlicht, dass Kernenergie wesentlich geringere positive Impulse auf den Arbeitsmarkt ausübt, als dies die erneuerbaren Energien tun. Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist der Totalausstieg aus der Atomenergie mit einem gleichzeitigen Ausbau der erneuerbaren Energien eine win-win Situation. Dies führt zu einem Anstieg der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien und macht Deutschland energiepolitisch unabhängiger.

3.4.9 Atomkraft schafft keine Versorgungssicherheit

Während die Atomkraftwerke bisher vor allem als sogenannte Grundlastkraftwerke funktioniert haben, die den Grundbedarf an Energie bereitstellen und damit das Niveau des niedrigsten Verbrauchs innerhalb eines Tages abdecken, wird diese Grundlast heute bereits ausreichend von Windkraftanlagen abgedeckt. Lediglich an windarmen Tagen muss die Energieproduktion flexibel ergänzt werden – immer komplementär zum durch Windkraft erzeugten Strom, sodass sich in der Summe die (konstante) Grundlast ergibt.

Atomkraft erweist sich in dieser neuen Situation als zu unflexibel und wird somit als Grundsicherung überflüssig. Für die Absicherung der Spitzen eignet sie sich aufgrund ihrer Trägheit ebenfalls nicht, zumal in heißen Sommern Atomkraftwerken aufgrund ihres Kühlwasserbedarfs die Abschaltung droht, wenn das Wasser der Flüsse zu heiß wird. Das zuverlässige Abdecken der Stromspitzen können nur Kohle und Gas, sowie zunehmend speicherbare Wasserkraft übernehmen. Atomkraft ist eine Idee von gestern, die den modernen Anforderungen flexibler Energieversorgung nicht mehr gewachsen ist.

3.4.10 Atomkraft ist nicht friedlich!

Bei der Atomenergie hängen zivile und militärische Nutzung immer direkt und untrennbar zusammen. Spätestens mit der Erschöpfung der Uranvorräte und dem damit verbundenen

Einstieg in die Plutoniumwirtschaft würde jedes Atomkraftwerk direkt waffenfähiges Material produzieren. Aber auch schon heute ist durch die sogenannte Wiederaufbereitung von Kernbrennstoff und Brutreaktoren eine enge Verknüpfung gegeben.

Wer die Verbreitung von Nuklearwaffen unterbinden bzw. diese Waffen langfristig ganz abschaffen will, muss sich also auch von der sogenannten zivilen Nutzung der Kernenergie trennen. Diese und die militärische Nutzung der Kernenergie sind lediglich zwei Seiten der selben Medaille.

3.4.11 Atomkraftwerke helfen den Entwicklungsländern nicht!

Atomkraft kann kein Modell für Entwicklungsländer sein, da ihnen zuerst einmal das Kapital fehlt, diese Projekte umzusetzen. Doch auch wenn sich ein Investor finden sollte, kommt Atomkraft aufgrund der Kühlwasserabhängigkeit für heiße Gegenden sowieso nicht in Frage. Gerade für aufstrebende Schwellenländer, die ihren Energiesektor forciert ausbauen wollen, ist die Versuchung jedoch zunächst groß. Da sie „auf einen Schlag“ eine große Menge an Energie erzeugen können. Andererseits möchte niemand gerne eine Anhäufung von AKW in Krisenregionen erleben. Auch entwicklungspolitisch ist es somit wichtig diesen Ländern gangbare Alternativen aufzuzeigen. Die Technologieentwicklung ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass es möglich wird, die Phase der Grundsicherung durch Atomkraft zu überspringen und sofort auf erneuerbare Energien zu setzen. Besser als der Glaube an diese Idee ist jedoch ein vorgelebtes Beispiel. Die Symbolwirkung von Deutschland als Industrieland mit weit überdurchschnittlichem Energieverbrauch, dass auf Atomkraft verzichtet, ist dabei nicht zu unterschätzen. Schon aus diesem – sicherheits- und entwicklungspolitischen Grund müssen die Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

3.4.12 Atomkraft ist kein Trend und auch nicht unverzichtbar!

Der weltweite Trend zur Atomkraft ist schlicht nicht vorhanden. In Europa sind lediglich 2 AKWs in Planung (Finnland und Frankreich), während 2007 7 AKW vom Netz genommen wurden. Auch verzichten viele europäische Länder z.B. Dänemark, Österreich, Italien, Estland, Griechenland, Lettland, Luxemburg, Norwegen und Portugal nach wie vor komplett auf Atomkraft. Desweiteren planen wie Deutschland ebenfalls Schweden und Belgien sowie Spaniens sozialistische Regierung den Ausstieg aus der Atomenergie.

Und im übrigen: Schon heute ist Atomstrom nicht unverzichtbar. Fünf Kernkraftwerke sind inzwischen ohne sichtbare Konsequenzen zeitweise abgeschaltet worden. Etwa Biblis A,

das vom Herbst 2006 bis zum Frühjahr 2008 sowie von Mai bis September 2008 nicht am Netz war. Dieser Strom fehlte offensichtlich niemandem. Der Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt jedoch, wie die Atomkraft als angeblicher Beitrag zum Umweltschutz einen massiven Imagegewinn feiert. Für die Jusos und die SPD muss jedoch klar bleiben: die Einsparung von CO² durch Atomenergie ist keine saubere Lösung.

3.4.13 Kostenbeteiligung der Atomindustrie durch eine Atombrennstoffsteuer

Milliarden aus Steuermitteln wurden und werden an die Atomkonzerne sowie für die Lagerung des Atommülls gezahlt. In Anbetracht dessen, dass die Atomkonzerne die gesundheitlichen Risiken bei der Bevölkerung sowie die finanziellen Risiken aus der Atomkraft nicht tragen, ist die Subventionierung von Atomkraftwerken ethisch, moralisch und gesamtwirtschaftlich nicht vertretbar. Zu lange schon bürden die Atom-Stromversorger ihre Lasten der Allgemeinheit auf. Dabei erzielen die Betreiber der Atomkraftwerke Millionengewinne.

Die atomaren Altlasten in den Atomendlagern Asse II und Morsleben sowie dessen Betrieb müssen verantwortungsvoll behandelt werden. Dazu bedarf es eines angemessenen Kostenbeitrags der Industrie, um die ungerechte Bevorteilung des Atomstroms gegenüber anderen Energieträgern auszugleichen. Deshalb fordern wir JungsozialistInnen schon seit Jahren die Einführung einer Atombrennstoffsteuer, damit auch die Atomindustrie ihren finanziellen Anteil leistet.

4. MOBILITÄT

Die Mobilität hat einen großen Stellenwert in unserer Gesellschaft, denn in der Ausübung von Produktion und Reproduktion ist der Mensch auf Mobilität angewiesen. Produktion und Reproduktion finden nicht immer am selben Ort statt, so dass in der Ausübung der persönlichen Aufgaben und Anforderungen zum Teil große Entfernungen überwunden werden müssen. Mobilität muss deshalb allen Menschen ermöglichen, zu jeder Zeit die in unserer Gesellschaft diese anfallenden Aufgaben und Anforderungen wahrnehmen zu können.

Unsere Gesellschaft ist auch gekennzeichnet durch die Trennung von Arbeitszeit und Privatzeit. Aus diesem Grund muss unterschieden werden zwischen erzwungener und freier Mobilität.

Eine erzwungene Mobilität sichert den Zugang zur Arbeitszeit sowie und zur erzwungenen Freizeit (Ausführung eines Ehrenamtes oder Einkäufe). Ohne diese Mobilität könnte die Gesellschaft ihre Aufgaben und Anforderungen nicht erfüllen.

Über eine freie Mobilität kann die Gesellschaft emanzipiert entscheiden, da es ihr selbst überlassen ist, wie sie ihre Privatzeit (Ausflüge oder Urlaubsfahren) gestaltet. Um dennoch

diese Privatzeit gestalten zu können, braucht die Gesellschaft einen freien Zugang zu Mobilität.

Mobilität wird heute größtenteils als motorisierter Individualverkehr ausgeübt. Dies ist eine Folge des Motorisierungszeitalters der 50er und 60er Jahre, in der motorisierter Individualverkehr als Statussymbol gesehen wurde. Der Besitz eines und welchen Kraftfahrzeugs dient seitdem als Abbild des eigenen Erfolgs.

Der daraus resultierende immense Bedarf an Straßen führte in der Vergangenheit dazu, dass soziale Orte (öffentliche Wiesen und Plätze) dem Ausbau von Straßennetzen zurückweichen mussten. Seit etwa zwei Jahrzehnten wird dieses Prinzip bereits hinterfragt. So werden in Deutschland bereits seit Jahren Konzepte einer autogerechten Stadt abgelehnt und der motorisierte Individualverkehr verstärkt aus den Innenstädten verdrängt.

Wir verstehen deshalb Mobilität nicht als eine bloße Überwindung von Entfernungen, sondern als die Möglichkeit eines Jeden und einer Gesellschaft, den eigenen Lebensraum zu nutzen, zu erleben und an ihm gesellschaftlich teil zu haben. Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten muss allen Menschen unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem finanziellen Status und ihrer individuellen freien und erzwungenen Tagesgestaltung Mobilität gewährleistet werden. Wir messen Mobilität eine große soziale Komponente bei und wollen dabei eine Diskussion anstoßen, wie wir weg von der Individualgesellschaft und hin zu einer sozialen und solidarischen Gemeinschaft kommen.

4.1 Unsere aktuellen Mobilitätsprobleme

Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe

Grundsätzlich müssen wir davon abkommen, Erdöl als Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu verwenden. Unsere Erdölvorkommen reichen nur noch 50 bis maximal 100 Jahre aus. Das heißt, der Kampf und der Preisdruck für Erdöl wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

Unter diesen Voraussetzungen ist es ein irreparabler Fehler, unsere letzten Erdölvorkommen als Treibmittel für Verbrennungsmotoren zu vergeuden. Sind unsere Erdölvorkommen, die über Jahrtausende entstanden sind, erst einmal aufgebraucht, wird

die Menschheit Probleme bekommen, alle auf Erdölbasis produzierten Produkte herzustellen, wie z. B. Farbstoffe oder Plastik- und Gummiverbindungen. Erdöl ist ein viel zu kostbares Gut, um es einfach nur zu verfeuern.

Biosprit ist auch keine Lösung

Für viele Experten ist die Gewinnung von Ethanol aus Zuckerrüben, Weizen, Mais oder Raps die Lösung des Treibstoff-Problems und soll deshalb schrittweise ausgebaut und staatlich gefördert werden.

Als „Biosprit“ bezeichnet man Kraftstoffe, die nicht auf der Basis von Erdöl sondern auf der Basis nachwachsender Rohstoffe – also Biomasse – hergestellt werden. Ethanol wird aus stärke- oder zuckerhaltigen Pflanzen und Biodiesel aus Pflanzenölen synthetisiert. Etwa 80% der Energie, die sich durch Biosprit gewinnen lässt, muss erst einmal in Form fossiler Energie für Dünger, Ernte und Herstellung aufgebracht werden. Zusätzliche Verarbeitungs- und Veredelungsprozesse verbrauchen weitere Energie. In vielen Ländern wird „Biosprit“ deswegen folgerichtig auch „Agrarsprit“ genannt. Da aktuelle Verbrennungsmotoren reinen Biosprit nicht vertragen, kann dieser dem normalen Kraftstoff nur anteilig beigemischt werden.

Weltweiter Vorreiter in Sachen Agrarsprit ist Brasilien. Seit 1975 fördert das Land die Herstellung von Ethanol auf Basis von Zuckerrohr. Auf einer Anbaufläche von 70.000 km² wurden im Jahre 2006 17 Mrd. Liter Ethanol hergestellt. Pläne der brasilianischen Regierung sehen eine Verzehnfachung der Anbaufläche auf 900.000 km² im Jahre 2025 vor, um den Ertrag auf 200 Mrd. Liter Ethanol zu steigern. Selbst bei diesen ehrgeizigen Plänen könnte Brasilien damit nur 10% des weltweiten Treibstoffbedarfs decken.

Auch die angestrebten und ambitionierten Agrarsprit-Ziele werden nicht helfen, unser Treibstoffproblem zu lösen sondern nur überbrücken. Er kann dazu genutzt werden, die Abhängigkeit vom Erdöl in den nächsten Jahren zu mindern und den Spritpreis zu stabilisieren. Ein Ersatz für Erdöl ist Biosprit aber nicht!

4.2 Es ist Zeit, eine grundsätzliche Mobilitätswende einzuleiten

Die steigende bedarf an Mobilität der Gesellschaft erfordert es, allen Menschen auf der Welt nachhaltig den Zugang zur Mobilität zu sichern. Die Herausforderung hierbei ist, die stetig steigende Treibstoff-Nachfrage bedingt durch die steigende Mobilität zu sichern.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass wir nach Alternativen zur Energieversorgung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe als Antriebsmittel für unsere Mobilität kommen müssen. Unsere Rohstoffe sind nur begrenzt verfügbar.

4.2.1 Abkehr vom motorisierten Individualverkehr

Aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten sprechen wir uns für die Zukunft gegen einen motorisierten Individualverkehr aus.

Ökologische Aspekte: In Hinblick auf die knapper werdenden fossilen Ressourcen, müssen wir über eine effizientere Lösung des Personenverkehrs nachdenken. Beim motorisierten Individualverkehr wird im Verhältnis zur transportierenden Personenzahl mehr fossiler Brennstoff benötigt, als dies bei einem öffentliche Personenverkehr der Fall ist.

Die Unverhältnismäßigkeit herrscht ebenso beim Ausstoß von CO₂ sowie bei der Lärmbelastung durch den Verkehr. Hier kann zwar zum Beispiel eine Elektromobilität theoretisch Abhilfe schaffen, jedoch unter ökonomischen und sozialen Aspekten kann diese Form des Individualverkehrs nicht die Mobilität für alle Menschen zukünftig sicherstellen.

Ökonomische Aspekte: In Zeiten immer steigender Rohstoffpreise können sich viele Menschen den Individualverkehr in Zukunft oder bereits heute schon nicht mehr leisten. Generell ist der öffentliche Personenverkehr dem motorisierten Individualverkehr vorzuziehen. Um dies zu erreichen ist der öffentliche Personenverkehr steuerlich spürbar besser aufzustellen. Hierzu muss dieser in einer Übergangsphase ausgebaut und entscheidend verbessert werden, um das Angebot für alle Nutzerinnen und Nutzern zu steigern. Das verbesserte Angebot eines öffentlichen Personenverkehrs wird dazu führen, dass sich eine erhöhte Nachfrage entwickelt. Je mehr Menschen sich zum öffentlichen Personenverkehr bekennen und diesen auch nutzen, desto günstiger werden die Ticketpreise und somit dessen Nutzung.

Durch den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs könnte der Bedarf an Straßenflächen sinken. Die damit verbundenen Einsparung beim Bau und bei der Bestandssicherung ermöglichen eine finanzielle Umverteilung hin zum gemeinschaftlichen Personenverkehr.

Soziale Aspekte: Seit dem Motorisierungszeitalter in den 50er und 60er Jahren wird der Individualverkehr als Statussymbol gesehen. Der Besitz eines und welchen Kraftfahrzeugs dient seitdem als Abbild des eigenen Erfolgs. Der daraus resultierende immense Bedarf an Straßen führte in der Vergangenheit dazu, dass soziale Orte (öffentliche Wiesen und Plätze) dem Ausbau von Straßennetzen zurückweichen mussten.

Der nicht motorisierte Individualverkehr (Radverkehr und Fußgänger) oder der öffentliche Personenverkehr (Bus und Bahn) nimmt im Gegensatz zum motorisierte Individualverkehr verhältnismäßig wenig Raum für sich in Anspruch. Der Ausbau eines öffentlichen Personenverkehrs kann den immensen Flächenverbrauch an Straßen und Wegen – und somit auch den Anteil versiegelter Flächen – reduzieren und somit wieder vielerorts gewünschte Rückzugsbereiche und Orte der Erholung schaffen. Der vielerorts vorhandene Wunsch nach autofreien Innenstädten könnte so verwirklicht werden.

4.2.2 Auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr setzen

Unser Ziel muss es sein, dass immer mehr Menschen in der Welt auf das Auto verzichten, und stattdessen öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Hier hat die Politik eine Vorbildfunktion, indem sie einen Förderungsschwerpunkt in einen attraktiven öffentlichen Personennah- und Fernverkehr setzt. Subventionen, die den Individualverkehr fördern, müssen drastisch gesenkt werden.

Wir wollen weg von der Individualgesellschaft hin zu einer sozialen und solidarischen Gemeinschaft.

4.2.3 Ökologisches Bewusstsein stärken

Das ökologische Bewusstsein der Bevölkerung muss gestärkt werden, um konsequent den Spritverbrauch zu senken, z. B. durch Anreize, auf Fahrrad und ÖPNV umzusteigen (Fahrradstraßen, Fahrplan- und Preisgestaltung).

4.2.4 Auf neue Mobilitätstechnologien setzen

Gesetze müssen verabschiedet werden, die eine Abkehr von Verbrennungsmotoren als Antrieb für Kraftfahrzeuge fest schreibt. Auch muss von staatlicher Seite die Forschung im Bereich neuer, alternativer und innovativer Antriebstechnologien gefördert werden, um deren Einführung sowie Serienreife zu beschleunigen. Dies muss ein Anreiz für die Autoindustrie sein, noch intensiver in die Forschung von Brennstoffzellenautos sowie in neuartigen und leistungsstärkeren Akkumulatoren für Elektroautos zu investieren.

4.3 Unsere Maßnahmen, um die Zeit bis zur Mobilitätswende nachhaltig zu gestalten

Wir sind uns im Klaren, dass eine Mobilitätswende von heute aus morgen nicht umsetzbar ist. Deshalb fordern wir die Mobilitätswende in Verknüpfung mit einem Mix aus Überbrückungsmaßnahmen einzuleiten:

4.3.1 Ausbau des Schienengebundenen Fernverkehrs vorantreiben

4.3.1.1 Die Bahn gehört uns!

Wir Jusos lehnen eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG kategorisch ab. Wir Jusos fordern, dass der Bund alleiniger Eigentümer der Deutschen Bahn AG bleibt. Der Bund muss die Kontrolle über die Deutsche Bahn AG behalten, um weiter Einfluss auf die Verkehrsentwicklung hierzulande zu haben. Nur so ist die Zuverlässigkeit der Bahnverbindungen – vor allem auf Nebenstrecken – zu gewährleisten.

Das Deutsche Schienennetz muss von dem Unternehmen „Deutsche Bahn AG“ getrennt werden, um eine wirkliche Öffnung des Netzzugangs und damit eine nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Schienenwegen gefunden werden kann.

Wir Jusos fordern die Bundesregierung auf, das Grundeigentum und den Besitz am Schienennetz sowie das Trassenmanagement von der Deutschen Bahn AG an die Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen.

Der Bund muss wieder in die Infrastrukturverantwortung eintreten, um eine mittel- und langfristige Finanzierung von Unterhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten.

4.3.3.2 Keine Privatisierung der Bahn!

Wir halten es für unverantwortlich, in welchem Tempo Veräußerungen von Vermögenswerten des Bundes vorangetrieben werden, um Haushaltslöcher zu stopfen. Oft haben kurzfristige Privatisierungsorgien zur Haushaltskonsolidierung ungeahnte Folgen.

Getrieben von der momentanen Hegemonie neoliberalen Gedankenguts entzieht sich der Bund immer mehr seiner Gemeinwohlverpflichtung und verliert durch die Privatisierungen immer weiter an Kontrolle an der Daseinsvorsorge seiner BürgerInnen. Der neoliberale Trend der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge muss gebrochen werden. Es geht hier um den Ausverkauf eines in 170 Jahren aus fast ausschließlich öffentlichen Mitteln aufgebauten, nachhaltigen Verkehrssystems aus rein ideologischen Gründen!

Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Hand bleiben. Die bisherigen Privatisierungen in Deutschland haben ihre im Vorfeld versprochenen Vorteile nicht gehalten. Privateigentum kann die Gemeinwohlverpflichtung des Staates nicht herstellen, denn ehemalige Bundesunternehmen sind nach einem Börsengang nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern dem Interesse ihrer Kapitaleigner verpflichtet.

Aus diesem Grund ist der geplante Börsengang der Deutschen Bahn zu stoppen! Der Bund muss die Kontrolle über die Bahn behalten, um weiter Einfluss auf die Verkehrsentwicklung hierzulande zu haben. Nur so ist eine Zuverlässigkeit der Bahnverbindungen – vor allem in der Fläche – zu gewährleisten. Schon jetzt werden weite Teile der Bevölkerung am Bahnverkehr gehindert, da ganze Bahnverbindungen gestrichen werden oder Taktzeiten halbiert werden. Die Erfahrungen mit privatisierten Bahnen in anderen Ländern lassen befürchten, dass nach einer Privatisierung vor allem Renditeziele zum Unternehmensziel wird, die Attraktivität der Bahn aber stark nachlassen wird: Das Angebot wird auf rentable Fernverbindungen zwischen großen Wirtschafts- und Ballungsräumen konzentriert, Wartungs- und Modernisierungsarbeiten werden reduziert. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen!

4.3.3.3 Schienennetz und Trassenmanagement von der Deutschen Bahn trennen

Transparente und gerechte Trassenvergabe

Das Deutsche Schienennetz muss von dem Unternehmen „Deutsche Bahn AG“ getrennt werden, um eine wirkliche Öffnung des Netzzugangs und damit eine nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Schienenwegen gefunden werden kann.

Das Fehlen einer Regulierungsbehörde für das deutsche Schienennetz wirkt sich wettbewerbsbehindernd aus. Schon heute werden Mitbewerber der Deutschen Bahn in Ihren Bemühungen ausgebremst, Streckenrechte auf ausgewählten Trassen zu erhalten. Ob Ihnen dies mit einer Regulierungsbehörde gelänge, ist jedoch zu bezweifeln. Die Beispiele aus anderen Branchen sprechen nicht dafür.

Eine Öffnung – vor allem beim Gütertransport – würde mehr Verkehr auf das Schienennetz in Deutschland bringen. Stünde der Bund im Besitz des deutschen Schienennetzes, könnte er transparent und gerecht die Trassenvergabe und die Grundlagen zur Berechnung der Trassenpreise regeln. Kein Bewerber könnte so gegen einen anderen ausgespielt werden.

Dies wäre ein wichtiges Signal, um endlich die auf europäischer Ebene angestrebte Trennung von Fahrweg und Transportgesellschaft zu erlangen.

Investitionssicherheit für das Schienennetz

Das Schienennetz gehört – wie das Autobahnnetz und das Wasserwegenetz – zur Daseinsvorsorge. Dies bedeutet, dass der Bund wieder in die Infrastrukturverantwortung eintreten muss, um eine mittel- und langfristige Finanzierung von Unterhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf kann die Bahn über die gesamte Infrastruktur 15 Jahre lang so gut wie uneingeschränkt verfügen. Die Stimmrechte des Bundes bei den Eisenbahninfrastrukturunternehmen wird auf die Bahn AG mit einer Vollmacht übertragen, der Bund würde also als Eigentümer auf sein Mitbestimmungsrecht bei allen wichtigen Unternehmensentscheidungen verzichten. Nach Ablauf der 15 Jahre kann der Bund diese Konstruktion entweder verlängern, oder seine eigene Infrastruktur von der Bahn AG zum Verkehrswert – also einem hohen Milliardenbetrag – zurückkaufen. Falls er beides nicht macht, geht selbst das formelle Eigentumsrecht an der Infrastruktur an die Bahn AG über. Um diese Entwicklung zu vermeiden, lehnen wir den Gesetzesentwurf entschieden ab.

Bei Neukonstruktionen müsse sichergestellt sein, dass die Einnahmen aus den Trassenpreisen auch tatsächlich in den Erhalt der Infrastruktur, das so genannte Bestandsnetz, fließen. Das ist bereits heute deutlich vernachlässigt, weil die Investitionsmittel zu einem hohen Anteil in die Neubauvorhaben und Prestigeobjekte, wie die ICE-Strecke Köln - Frankfurt und den Eisenbahnknoten Berlin, fließen.

Bereits von der Bahn vorgenommene Streckensperrungen "aus technischen Gründen" auf Nebenbahnen sind rechtlich nicht zulässig und sprechen ebenfalls für die Neuregelung der Verantwortung für das Schienennetz.

Weitere unrentable Nebenstrecken können durch den Konzern vernachlässigt und gegebenenfalls stillgelegt werden. Zwar verweist die Bahn darauf, dass eine Streckenstilllegung nur durch das Eisenbahnbundesamt erfolgen kann, verschweigt in diesem Zusammenhang allerdings, dass der Konzern selbst Bauherr ist. Im Ergebnis reicht es somit aus, weniger rentable Nebenstrecken die Sanierung zu versagen und dadurch zwangsläufig eine Streckenstilllegung herbei zu führen. Es ist zu befürchten, dass sich diese Entwicklung nach dem Einstieg von Finanzinvestoren weiter fortsetzen wird.

Dies zeigt nochmals, dass die Gemeinwohlverpflichtung des Staates nicht durch das Privateigentum am Schienennetz hergestellt werden kann.

4.3.2 Sparsamere Autos Produzieren

Die Autoindustrie ist aufgefordert, Autos mit sparsamen und effizienteren Motoren zu produzieren. Bei Motorwirkungsgraden von unter 50 Prozent erweisen sich Verbrennungsmotoren als längst veraltet und ökologisch unsinnig. Denn nur die Hälfte der Energie, die benötigt wird, kann bei Verbrennungsmotoren tatsächlich in Bewegungsenergie umgewandelt werden.

4.3.3 Car-Sharing

Im Durchschnitt wird ein Auto täglich nur eine Stunde bewegt. 23 Stunden steht es und versperrt dadurch für den sozialen Raum wertvollen Platz. Eine gute Möglichkeit, diesen Parkplatznotstand und den hohen Anteil an Individualverkehr zu begrenzen und zu

optimieren sowie den drohenden Verkehrskollaps in den Großstädten zu begegnen, ist das Car-Sharing.

Dabei wird in der Kommune eine Flotte von verbrauchsgünstigen oder sogar Elektro-Autos bereitgestellt, die von jedem gegen ein geringes Endgeld genutzt werden können. Ist man am Zielort angekommen, stellt man das Auto ab und jemand anderes kann es benutzen. Durch die optimale Nutzung eines Autos sinkt das Verkehrsaufkommen und die Produktion von Individualfahrzeugen.

4.3.4 Treibstoff aus Biomasse

Agrarsprit-Subvention abschaffen! / Anbauflächen und Naturschutzflächen schützen

Durch die Subvention von Agrarsprit (im Volksmund: Biosprit) wird ein unnötiger Wettbewerb zwischen den Nutzpflanzen ausgelöst. Die Pflanzen, aus denen Agrarsprit gewonnen wird, können nur auf nährstoffreichen Böden angebaut werden und verdrängen dort Nahrungsmittelpflanzen. Dadurch verteuert sich der Preis der Nahrungsmittelpflanzen künstlich – Spekulationen mit diesen Nahrungsmitteln treiben die Preise weiter an. Dies führt zu einer künstlichen Nahrungsmittelverteuerung und -verknappung.

Dadurch besteht die Gefahr, dass nicht mehr genug Anbauflächen für die weltweite Nahrungsversorgung bereit stehen. Die Subventionen bieten Landwirten auch den Anreiz eine Monokultur einzuführen. Um die fruchtbaren Böden weiterhin nutzen zu können, sollten Agrarkraftstoffe nur wechselseitig mit herkömmlichen landwirtschaftlichen Pflanzen angebaut werden, damit die Mineralien in den Böden von Jahr zu Jahr unterschiedlich genutzt werden. Agrarkraftstoffe sollten deshalb nur auf Flächen angebaut werden dürfen, auf denen keine Nahrungsmittel wachsen oder bedrohte Pflanzenarten.

Agrarsprit nur regional einsetzen

Unter gewissen Umständen kann der Einsatz von Agrarsprit sinnvoll sein: wenn er dort eingesetzt wird, wo die nachwachsenden Rohstoffe auch wachsen sowie die Energieausbeute der Pflanzen hoch ist. So ließen sich dezentrale Agrarspritnetzwerke schaffen, die vor Ort für den Treibstoffhaushalt sorgen. In Entwicklungsländern könnten so Kleinbauern und Genossenschaften vor Ort gefördert werden.

Biosiegel für Agrarsprit

Wenn Agrarsprit wirklich „BIO“ sein soll, dann muss die Ökobilanz stimmen. Biospritvarianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen geächtet werden.

Sinnvoll wäre dazu z.B. ein Zertifizierungssystem zur Unterscheidung von Agrar- und wirklichen Biokraftstoffen. Zusätzlich könnte eine weltweite Quotierung und Zertifizierung landwirtschaftlicher Flächen (vor allem Plantagen) für Agrarkraftstoffe eingeführt werden. So wäre sichergestellt, dass keine Nahrungsmittelpflanzen verdrängt werden und kein Regenwald gerodet wird.

Gegebenenfalls auf neue Agrarspritvarianten setzen

Agrarspritvarianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen geächtet werden.

Sinnvoll ist auch, den Agrarsprit der zweiten Generation schneller auf den Markt zu bringen. Beim „Biomass To Liquid“-Verfahren (BTL) wird ein Kraftstoff aus fester Biomasse synthetisiert. Somit kann die gesamte geerntete Biomasse (also auch Bio-Müll oder Holzreste) zur Herstellung von Agrarsprit verwertet werden, was den Ertrag pro Nutzfläche steigert. Der CO₂-Ausstoß kann bei der Verbrennung im Motor um 80 bis 100 Gramm pro Kilometer gesenkt werden. Das führt zu einer deutlichen CO₂-Reduzierung im PKW- und LKW-Verkehr. Sinnvoll und nachhaltig ist deren Einsatz aber nur, wenn sie vor Ort eingesetzt werden.

Biogas dezentral ausbauen

Dort, wo Biogasanlagen jetzt schon für eine dezentrale Versorgung mit Energie und Wärme sorgen (oder zukünftig geplant sind) ist der Aufbau einer dezentralen Erdgasauto-, LKW- und Busflotte erstrebenswert. So kann lokal ein Beitrag zur Treibstoffsicherheit geleistet werden.

3.4.5 Regionale Elektroauto-Flotten aufbauen (z. B. Im Taxi-Gewerbe)

Der Wirkungsgrad von Elektroautos ist um über 30% höher als der von Verbrennungsmotoren. Somit sind Elektroautos ein sinnvoller Beitrag, um Treibstoff zu sparen. Dennoch ist die Elektroauto-Technologie heute noch nicht in der Lage, die Vorteile von Verbrennungsmotoren in Sachen Reichweite und Anschaffungskosten auszugleichen.

Deshalb ist es sinnvoll, lokale Elektro-Flotten ins Leben zu rufen, um somit über die Stückzahlen die Preise für Elektroautos zu senken sowie diese zur Serienreife zu verhelfen, um aus der Praxis heraus eine kontinuierliche Technologieverbesserungen zu ermöglichen.

5. Forschung bringt Fortschritt!

Es darf kein Nachlassen in den Bemühungen geben, alternative Energiequellen zu erforschen. Am politischen Ziel, die Energieversorgung nachhaltig umzubauen, muss festgehalten werden. Dies muss auch in einer verstärkten öffentlichen Forschungsförderung sichtbar gemacht werden.

Wer in Energie- und Umwelttechnologien investiert, der gestaltet dauerhaft Arbeitsplätze und sichert Zukunft – ökonomisch, ökologisch und sozial. Energie- und Umwelttechnologien sind Innovationsmotoren und Impulsgeber für Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft. Hierbei sind unter anderem folgende Schlüsselsektoren zu fördern:

- 1 Ein Ausstieg aus dem Ausstieg würde zwangsläufig auch eine wissenschaftspolitische Kehrtwende nach sich ziehen und die sich bereits in diesem Sektor entwickelnden Synergieeffekte zwischen Wirtschaft und Forschung zunichte machen.

Hierbei sind unter anderem folgende Schlüsselsektoren zu fördern:

- a) **Energieerzeugungs- und Kraftwerktechnologien**, um neue Formen der Energiegewinnung zu erforschen und um den CO₂-Ausstoß weiter zu senken
- b) **Energieeffizienztechnologien**, um Rohstoffe zu sparen
- c) **Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien**, um durch Recycling gewonnene „Sekundärrohstoffe“ zu nutzen
- d) **Mobilitäts- und Verkehrstechnologien**, um neue Kraftstoffe und neue Antriebe zu entwickeln.

a) Potential Erneuerbarer Energien ausschöpfen

Potentiale erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in der Region Braunschweig

Laut Ergebnissen einer Studie des Projekt Region Braunschweig beläuft sich der Stromverbrauch in der Region Braunschweig auf schätzungsweise 7 Terawattstunden (TWh) pro Jahr. Derzeit werden in der Region etwa jede fünfte Terawattstunde pro Jahr aus erneuerbaren Energien ins Netz eingespeist. Unter den erneuerbaren Energien leistet die Windenergienutzung in der Region Braunschweig derzeit mit 85% derzeit den größten Beitrag, gefolgt von Biogas mit 11%.

Mit knapp 19% Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung erreicht die Region Braunschweig bereits heute fast das Ziel für das Jahr 2020. Aber sind mittelfristig auch 50% oder sogar eine hundertprozentige Strombedarfsdeckung möglich?

Eine Betrachtung der Potenziale der Windenergie, Wasserkraft, Bioenergie, Photovoltaik und Geothermie (Erdwärme) ergibt, dass eine vollständige Versorgung, d.h. die Produktion von jährlich 7 TWh Strom nur in der Theorie möglich ist. In der Praxis kann bis 2050 unter Bemühung aller relevanten Akteure mit einer 50%igen Versorgung gerechnet werden. Das liegt daran, dass eine Ausnutzung von 95% der geeigneten Dachflächen für Photovoltaikanlagen bis 2050 nicht realistisch ist. Des Weiteren bestehen Nutzungskonkurrenzen und -konflikte von Flächen. Zum Beispiel können die

landwirtschaftlichen Flächen nur entweder zum Anbau von Nahrungsmitteln oder von Energiepflanzen genutzt werden.

Um dem Ziel einer hundertprozentigen Versorgung aus erneuerbaren Energien näher zu kommen, müssen alle Träger erneuerbarer Energien genutzt werden. Schwerpunktmäßig sollte sich der Ausbau auf die Nutzung von Photovoltaikanlagen konzentrieren. Da die Anlagen auf Hausdächern montiert werden, sind damit keine Nutzungskonflikte in der Fläche verbunden. Außerdem ist das Ertragspotenzial im Vergleich zu anderen Trägern erneuerbarer Energien – die bereits stärker genutzt werden – am größten.

Photovoltaikanlagen eignen sich bei uns besonders zur dezentralen Energieversorgung. In Deutschland ist deshalb der Ausbau auf die Nutzung von Photovoltaikanlagen sinnvoll. Da die Anlagen auf Hausdächern montiert werden, sind keine Nutzungskonflikte in der Fläche verbunden.

Wichtige Maßnahmen auf dem Weg zur nachhaltigen Energienutzung bestehen vor allem in der Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung, in der Umsetzung von Modellprojekten und in der Vernetzung relevanter Akteure in der Region.

Forderungen:

- Einrichtung einer regionalen Beratungs- und Vernetzungsinstitution (Beratung der Kommunen in der Region Braunschweig zu Energiethemen, Vernetzung der verschiedenen Akteure). Die Institution soll Maßnahmenvorschläge für die Förderung erneuerbarer Energien entwickeln. Dabei sollen Förderungsmöglichkeiten für alle Träger erneuerbarer Energien erarbeitet werden; denn nur so können die Ausbauziele erreicht werden. Die verschiedenen lokalen Standortbedingungen sollen bei der Wahl der Förderinstrumente Berücksichtigung finden.
- Schwerpunktmäßig auf PV-Anlagen setzen (z.B. Dachflächen kommunaler Liegenschaften zur PV-Nutzung anbieten, bei der Bauleitplanung auf günstige Dachausrichtung der Gebäude achten, PV-Nutzung zusätzlich fördern)
- Einrichtung einer regionalen Beratungs- und Vernetzungsinstitution (Beratung von Kommunen in der Region Braunschweig zu Energiethemen, Vernetzung der verschiedenen Akteure)

Potentiale in Braunschweig

Untersuchungen im Rahmen des Projekts „SUN-AREA“ haben gezeigt, dass insgesamt 1,9 km² Dachflächen in Braunschweig geeignet für die Stromerzeugung über Photovoltaik eingestuft wurden. Allein in der Stadt Braunschweig könnten jährlich rund 250 GWh Solarstrom erzeugt werden - das entspricht einer CO₂-Einsparung von 128.127 Tonnen. Theoretisch könnte über Photovoltaik ca. 70% des privaten Strombedarf in Braunschweig abgedeckt werden, was ein großes Potential zum Aufbau einer dezentralen Stromversorgung darstellt. Hierzu sind Investitionen von rund 1 Mrd. EUR für Photovoltaik-Anlagen nötig.

Forderungen

- Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung für private Haushalte, Industrie und Gewerbe
- Aufbau eines Kommunalen Energiefonds nach Hannoveraner Vorbild zur finanziellen Unterstützung privater Haushalte bei Ausbau von Photovoltaik-Anlagen
- Entwicklung eines Handlungsplans zum Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden bis zum Jahre 2030 – Braunschweig muss mit gutem Beispiel voran gehen!

b) Energieeffizienztechnologien, um Rohstoffe zu sparen

c) Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien, um durch Recycling gewonnene „Sekundärrohstoffe“ zu nutzen

d) Mobilitäts- und Verkehrstechnologien, um neue Kraftstoffe und neue Antriebe zu entwickeln

Die steigende Mobilität der Gesellschaft erfordert es, allen Menschen auf der Welt nachhaltig den Zugang zur Mobilität zu sichern. Die Herausforderung hierbei ist, die stetig steigende Treibstoff-Nachfrage bedingt durch die steigende Mobilität zu sichern.

Auf neue Mobilitätstechnologien setzen

Gesetze müssen verabschiedet werden, die eine Abkehr von Verbrennungsmotoren als Antrieb für Kraftfahrzeuge fest schreibt. Auch muss von staatlicher Seite die Forschung im Bereich neuer, alternativer und innovativer Antriebstechnologien gefördert werden, um

deren Einführung sowie Serienreife zu beschleunigen. Dies muss ein Anreiz für die Autoindustrie sein, noch intensiver in die Forschung von Brennstoffzellenautos sowie in neuartigen und leistungsstärkeren Akkumulatoren für Elektroautos zu investieren.

Wir sind uns im Klaren, dass eine Mobilitätswende von heute aus morgen nicht umsetzbar ist. Deshalb fordern wir die Mobilitätswende in Verknüpfung mit einem Mix aus Überbrückungsmaßnahmen einzuleiten:

Sparsame Autos produzieren

Konventionelle Verbrennungsmotoren haben Motorwirkungsgrade von unter 50 Prozent. Dadurch erweisen sich Verbrennungsmotoren als längst veraltet und ökologisch unsinnig. Denn nur die Hälfte der Energie, die benötigt wird, kann bei Verbrennungsmotoren tatsächlich in Bewegungsenergie umgewandelt werden.

Bis sich die Brennstoffzelle oder die Lithium-Akkus durchgesetzt haben, um eine Elektromobilität flächendeckend sicherzustellen, müssen wir mit herkömmlichen Motoren unsere Mobilität gewährleisten.

Dabei spielen Diesel-Motoren eine wichtige Rolle. Seit es Rußpartikelfilter und bessere Verbrennungsprozesse gibt, überwiegen die Vorteile des Dieselmotors gegenüber des Otto-Motors. Durch den höheren Energiegehalt des Diesels zu normalem Benzin, erzielen die Motoren einen weitaus höheren Wirkungsgrad. Diesen Wirkungsgrad gilt es weiter zu steigern bis Elektro-Autos die Serienreife erreicht haben.

Elektroautos Fördern - Regionale Elektroauto-Flotten aufbauen

Der Wirkungsgrad von Elektroautos ist um über 30% höher als der von Verbrennungsmotoren. Somit sind Elektroautos ein sinnvoller Beitrag, um Treibstoff zu sparen. Dennoch ist die Elektroauto-Technologie heute noch nicht in der Lage, die Vorteile von Verbrennungsmotoren in Sachen Reichweite und Anschaffungskosten auszugleichen. Deshalb ist es sinnvoll, lokale Elektro-Flotten ins Leben zu rufen, um somit über die Stückzahlen die Preise für Elektroautos zu senken sowie diese zur Serienreife zu verhelfen, um aus der Praxis heraus eine kontinuierliche Technologieverbesserungen zu ermöglichen.

Tabuthema

Folgendes Thema wurde in der Öffentlichkeit nicht behandelt:

- Gentechnik

In den Nachrichten wird dieses Thema immer kritisiert oder ganz unter den Tisch geworfen. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Jusos dazu neu positionieren und kritisch untersuchen.